

209

Werden und Wollen der Deutschnationalen Volkspartei.



Von

Walther Graef (Anklam),

Mitglied des Preussischen Landtags.



1924

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.,

Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24.

Flugschrift Nr. 180

5

208-884

Deutschnationales Rüstzeug 1924

- Nr. 1: **Die Deutschvölkische Freiheitspartei.**
Preis: 1 M., 10 Stück 9 M., 50 Stück 40 M., 100 Stück 70 M.
- " 2: **Die Sozialdemokratie.**
Preis: 1 M., 10 Stück 9 M., 50 Stück 40 M., 100 Stück 70 M.
- " 3: **Das Zentrum.**
Preis: 50 Pf., 10 Stück 4,50 M., 50 Stück 20 M., 100 Stück 35 M.
- " 4: **Die Deutsche Volkspartei.**
Lieferung A. Außenpolitik.
Preis: 70 Pf., 10 Stück 6,50 M., 50 Stück 30 M., 100 Stück 50 M.
Daselbe, Lieferung B. Innenpolitik.
Preis: 1 M., 10 Stück 9 M., 50 Stück 40 M., 100 Stück 70 M.
- " 5: **Die Deutsch-demokratische Partei.**
Preis: 70 Pf., 10 Stück 6,50 M., 50 Stück 30 M., 100 Stück 50 M.
- " 7: **Die Frau in Familie und Staat.**
Preis: 70 Pf., 10 Stück 6,50 M., 50 Stück 30 M., 100 Stück 50 M.
- " 8: **Die Deutschnationalen und die Un-
gestellten.**
Preis: 35 Pf., 10 Stück 3 M., 50 Stück 12 M., 100 Stück 20 M.
- " 9: **Deutschnationale Volkspartei und Land-
wirtschaft.**
Preis: 35 Pf., 10 Stück 3 M., 50 Stück 12 M., 100 Stück 20 M.
- " 10: **Der Mittelstand.**
Preis: 40 Pf., 10 Stück 3,80 M., 50 Stück 15 M., 100 Stück 25 M.

Das Rüstzeug Nr. 6: „Unfruchtbare Opposition“ ist nicht erschienen, da das Material so umfangreich wurde, daß wir es in verschiedenen Flugschriften verarbeiten mußten (siehe Flugschrift Nr. 147, 149, 151, 156, 157, 163 und 164).

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24.

A 88-895



Die Schaffung einer großen, volkstümlichen Rechtspartei ist schon vor dem staatlichen Zusammenbruch des alten Deutschlands Gegenstand lebhafter Bestrebungen in rechts stehenden Kreisen gewesen. Ganz besonders in der alten Deutsch-konservativen Partei. Seit ihrer sachlich nicht ungerichteten, taktisch wenig geschickten Haltung in der Erb-anfallsteuerfrage gelegentlich der Finanzreform des Jahres 1909 hatte sie den Zusammenhang mit den städtischen geistigen Schichten verloren, ohne die eine bürgerliche Partei bei uns auf die Dauer nicht auskommen kann, zumal diese Schichten auch die politische Stimmung auf dem Lande mehr, als vielfach erkannt wird, beeinflussen. Die Fühlung war schon durch die schwere Agrarkrisis beeinträchtigt worden, die um die Wende des vorigen Jahrhunderts zu Jahrelangen heftigen Kämpfen um die Getreidezölle geführt hatte. In ihrem Verlauf war den Konservativen in den Augen des Städters allzusehr der Stempel einer einseitigen Agrarpartei aufgedrückt worden. So notwendig jene Zoll-Kämpfe waren, der Verbreitung des konservativen Gedankens in den Großstädten und den industriell eingestellten Landesteilen sind sie höchst abträglich gewesen. Die fast ausschließliche Rekrutierung der konservativen Partei aus den östlichen Provinzen mit landwirtschaftlichem Gepräge und das Vorwiegen der Landwirte in ihren parlamentarischen Fraktionen verschärfte den Eindruck berufslich einseitiger Interessenrichtung bei den breiten Massen. Dazu kam ein Weiteres. Dem rückschauenden Blick erscheint die politische Haltung der Konservativen in den meisten wichtigeren Fragen sachlich durchaus achtenswert; ihre taktische Aufmachung war

oft erstaunlich unglücklich und rief zuweilen fast den Eindruck gewollter Unvolkstümlichkeit hervor. Ich erinnere an die Behandlung der Abgeordneten-Diätenfrage im preußischen Landtage; die in Vielem beachtliche, aber weder für diesen Verhandlungsgegenstand ursprünglich geplante noch für ihn angebrachte Herrenhausrede eines kenntnisreichen Politikers im Winter 1916/17, die in der Mitte und auf der Linken des Abgeordnetenhauses einen für die Rechte peinlichen Entrüstungssturm auslöste, hat ja unmittelbar dem damaligen Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg den gewünschten Anlaß geboten, die preußische Wahlrechtsreform in Gang zu bringen.

Damit war die Achillesferse der konservativen Partei empfindlich berührt worden. Solange sie sich auf das Dreiklassenwahlrecht in Preußen stützen konnte, durfte ihr Führer von Seydebrand, ein Mann außerordentlicher Willenskraft, nationalen Empfindens und rednerischer Begabung, dessen politische Schattenseite ein Mangel an innerer Fühlung mit wachsenden Kräften des Volkslebens war, hoffen, daß es ihm gelingen werde, der zunehmenden Demokratisierung der Reichspolitik bis zu einem gewissen Grade zu begegnen. Ziel jenes Bollwerk notwendiger Hemmung einer überstürzten Entwicklung des Staatslebens, so mußten die Folgen für alle Anhänger einer allmäligen, aus dem geschichtlich Gewordenen sich organisch gestaltenden, unübersehbar sein. Und dieses Bollwerk wurde nicht in zweckmäßiger Stufenfolge durch ein Pluralwahlrecht ersetzt, wie es ursprünglich die Regierung mit den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses (Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum) im Frühjahr 1917 verabredet hatte; es fiel dank der, alles wirklich Konservative hassenden Sinnesart des leitenden „Staatsmannes“ aus Frankfurt a. Main unmittelbar zu Gunsten des gleichen Wahlrechts.

Schon die Ankündigung des Pluralwahlrechts hatte in den konservativen Fraktionen das Bedürfnis geweckt, die in den langen Kriegsjahren fast ganz eingeschlummerte Parteitätigkeit im Lande neu zu entfachen. Ein Organisations- und Pressenausschuß wurde eingesetzt, der durch Gründung einer konservativen Schriftenvertriebsstelle die so gut wie völlig versandete Parteiliteratur zu beleben und das Vereins- und Versammlungswesen der Partei anzuregen versuchte. Doch wirkte der Fortgang des Krieges, der ihre meisten führenden Persönlichkeiten im Felde sah, hemmend, so daß durchschlagende Erfolge nicht zu erzielen waren. Dann kam die Vorlage über

das gleiche Wahlrecht und brachte die Partei in eine ungünstige Lage. Sie mochte mit noch so gutem Grunde die voraussichtlichen bedenklichen Ergebnisse einer so weit gehenden Radikalisierung namentlich für die Kommunal-, die Kultur- und die Finanzpolitik betonen — sie sind restlos, über alle Voraussage hinaus, später eingetreten —: da der Durchschnittsdeutsche keine Ruhe hat, bevor er alle möglichen und unmöglichen politischen Torheiten fremder Völker am eigenen Leibe auskosten hat, so überwogen die modernen Schlagworte politischen Gleichheitswahns alle berechtigten Warnungen. Dazu kam, daß, nachdem die Regierung sich für das gleiche Wahlrecht erklärt hatte, die ihm widerstrebenden Teile der Nationalliberalen und des Zentrums nur dann beim Pluralwahlrecht festzuhalten waren, wenn die Verhandlungen zu einem schnellen Ende gebracht wurden. Die konservative Führung aber glaubte, wie sie es bei dem Reformversuch des Jahres 1910 mit Geschick getan hatte, mit einem hinhaltenden Vorgehen zum Erfolge zu kommen. Dieser Fehler rächte sich; als im Sommer 1918 die deutsche Offensive in Frankreich zum Stehen kam, brach der parlamentarische Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht in den Mittelparteien zusammen.

Der Mißerfolg blieb nicht ohne Einfluß auf das Zutrauen der konservativen Fraktionen in ihren Führer, der den letzten parlamentarischen Ausklängen des Wahlrechts-Feldzuges fernblieb. Inzwischen hatten die Herbst-Ereignisse auf dem äußeren Kriegsschauplatz den kommenden unglücklichen Kriegsausgang vollends offenbart. Die deutschen Rechtsparteien sahen sich als politische Träger des Widerstandes gegen die Feinde vor eine für sie hoffnungslose Lage gestellt; die deutsche Demokratie bürgerlicher und proletarischer Richtung mußte der innerpolitische Nutznießer des Kriegsverlustes werden. Nur der organisatorische Zusammenschluß und die sachliche Neueinstellung der bestehenden vier Rechtsparteien konnten das Schlimmste bei den nächsten Wahlen verhindern.

Anfang Oktober 1918 beschloß die konservative Abgeordnetenhaus-Fraktion, das Parteiprogramm einer Durchsicht zu unterziehen und die Grundlagen für die Vereinigung der vier Parteien zu schaffen. Die Reichstagsfraktion trat noch am gleichen Tage dem Beschlusse bei, und ein gemeinsamer Ausschuß unter dem Vorsitz des jetzigen deutschnationalen Führers im preußischen Landtage D. W i n k l e r unternahm die gestellten Aufgabe. Am 6. November waren seine Arbeiten be-

endet, die Zustimmung der Parteileitung zu dem neuen Programm-Entwurf eingeholt; die unter der Hand bereits angeknüpften Verhandlungen mit den Freikonservativen, Christlichsozialen und Deutschvölkischen sollten in aller Form beginnen. Drei Tage später brach die Revolution aus.

Auch diese anderen rechts stehenden Richtungen verschlossen sich der Notwendigkeit der Vereinigung nicht. Die Freikonservativen, die von jeher fast ganz ohne organisatorischen Unterbau im Lande dastanden, konnten nicht hoffen, den vorauszufehenden demokratischen Ansturm mit nennenswerter Abgeordnetenzahl zu bestehen; die Christlichsozialen, hauptsächlich in Westdeutschland vertreten, waren sich ihrer Arbeiterwähler bei den veränderten Verhältnissen auch nicht sehr sicher, und die Deutschvölkischen hatte der ständige Wechsel ihrer Wahlergebnisse längst gelehrt, daß der Antisemitismus allein keine tragfähige Dauer-Grundlage für politische Parteibildungen abgibt. Die grundsätzliche Geneigtheit zum Zusammenschluß war somit bei allen vorhanden, und die Ungeheuerlichkeit einer inneren Revolution nach verlorenem Kriege verstärkte sie. Als darum wenige Tage nach dem 9. November die Beerdigung des freikonservativen Abgeordneten Freiherrn v. Camp eine größere Anzahl rechts stehender Parlamentarier in Berlin zusammenführte, — die Parlamente selbst hatten die aus eigener Machtvollkommenheit regierenden sogenannten „Volksbeauftragten“ geschlossen — verabredete man sofortige Verhandlungen über die Errichtung einer gemeinsamen Partei.

Sie wurden mit der hartnäckigen Gründlichkeit geführt, deren der Deutsche fähig ist, wo es sich um Erörterung grundsätzlicher Dinge handelt. Namentlich gab die Frage Anlaß zu endlosen Aussprachen, ob gemeinwirtschaftliche Betriebsformen bei dem Wiedergenesungsprozeß der deutschen Wirtschaft eine Rolle spielen dürften. Man einigte sich schließlich auf ein Kompromiß; die grüne Praxis des Sozialisierungsunfugs hat dann sehr bald die Anhänger einer Gemeinwirtschaft in beschränktem Ausmaße von diesem Trugschluß grauer Gedankentheorie kuriert. Zuweilen schien es, als ob die täglich geführten Besprechungen nicht zum Ziele führen sollten, zumal häufig aus der Provinz nach Berlin geeilte Parlamentarier neu zu ihnen hinzutraten und gegen bereits beschlossene Punkte erneute Bedenken äußerten. Aber der zähen Ausdauer und der Verbindlichkeit des Verhandlungsleiters, des zweiten Vorsitzenden der konservativen Reichstagsfraktion Geh. Justizrats Dietrich,

der sich damals ein unvergessenes Verdienst um die neue Partei erworben hat, gelang es doch, die Dinge zum Abschluß zu bringen und die mancherlei Bedenken altkonservativer Kreise gegen das Unternehmen zu beseitigen. Schwierigkeiten verursachte im letzten Augenblick noch die Wahl des Parteinamens. Vereinzelte Konservative glaubten, an ihrer Bezeichnung festhalten zu müssen, und man wird angesichts der Jahrzehntelangen ehrenvollen Geschichte dieser Partei Verständnis dafür haben. Die Frage hatte übrigens schon in dem erwähnten Ausschuß der konservativen Fraktionen eine Rolle gespielt, war aber auch dort überwiegend verneinend beantwortet worden, da das Erfordernis der Schaffung einer wirklich neuen Partei mit neuen Zielrichtungen sich gebieterisch aufdrängte.

Nachdem man sich schließlich auf den Namen Deutsche Volkspartei geeinigt hatte, konnte der Aufruf*) zum Anschluß an sie am 22. November 1918 hinausgehen. Er war unterzeichnet von den konservativen Abgeordneten v. Böhlendorf-Kölpin, Bohß, Dietrich, v. Gofler, Graef-Anklam, Dr. v. Kries, D. Philipps, Schiele, v. Winterfeldt-Menkin, von den freikonservativen Dr. Bredt, v. Dewitz-Oldenburg, Goerdeler, v. Halem, v. Kardorff, Mertin, Graf Moltke, Rehren, Dr. Wagner, von den christlichsozialen Behrens und Wallbaum sowie von dem deutschvölkischen Werner-Hersfeld. Außerdem trug der Aufruf noch einige Namen von

*) Der Aufruf forderte die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen zunächst allein möglichen parlamentarischen Regierungsform, Wiederherstellung von Recht und Ordnung, Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit des deutschen Volkes gegenüber fremden Einflüssen und äußeren Mächten, Schutz des Privateigentums vor den von der Sozialdemokratie geplanten Eingriffen, Abbau der im Kriege geschaffenen Zwangswirtschaft und Auflösung der Kriegsgesellschaften. Ferner trat die neue Partei auf den Boden des gleichen Wahlrechtes und verlangte Freiheit der Person und des Gewissens, Abhilfe der Wohnungsnot auch durch Schaffung von Heimstätten, Wiederbevölkerung des platten Landes durch umfassende Siedlungspolitik, Wiederaufrichtung des Mittelstandes, Ausbau der Sozialpolitik und Sicherung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Neugestaltung des Beamten- und Staatsarbeiterrechtes und Gewährleistung einer rechtlich und wirtschaftlich gesicherten Lebensstellung für Beamte, Lehrer, Pensionäre und Altpensionäre sowie für Privatangestellte, ein einheitliches Steuersystem unter ausgedehnter Heranziehung des Einkommens und Vermögens für die Deckung der öffentlichen Lasten, scharfe Erfassung der Kriegsgewinne, Ermöglichung des Aufstiegs von der Volksschule zur höheren Bildung, Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben u. a. m.

Nichtparlamentariern; unter ihnen finden sich die späteren deutschnationalen Abgeordneten Margarete Behm, Dr. v. Delbrück, Ebersbach, Hennigsen, Dr.-ing. Kloß, Rippel und Küffer.

Es war höchste Zeit, daß die Rechtsstehenden sich sammelten. Durch die langwierigen Vorverhandlungen waren kostbare Tage verloren, die den politischen Gegnern einen kaum noch einzuholenden Vorsprung in der Agitation gegeben hatten. Sie hatten sich schneller in der neuen Lage zurechtgefunden. Der Sozialdemokratie trieb die bloße Tatsache des gelungenen Umsturzes die Massen zu. Das Zentrum hatte sich als Christliche Volkspartei den Dingen angepaßt. Vor allem war die Befahr groß, daß auch politisch rechts Stehende unter dem verwirrenden Eindruck der Umstände sich der neuen Deutschen Demokratischen Partei zuwenden würden, in der man in jenen Wochen vielfach den starken Hort des Bürgerturns gegen die rote Flut des Sozialismus und der Sozialisierung erblickte. Sie war durch den kühnen Handstreich einiger führenden Berliner Journalisten meist jüdischer Herkunft über den Kopf der Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei hinweg entstanden. Ihre Urheber hatten sich mit orientalischer Betriebsamkeit nicht erst lange bei gründlichen Programmberatungen aufgehalten, sondern einige zugkräftige Zeitsätze herausgestellt, auf die die Deutschen gutgläubig in Scharen hineinfielen. Sogar die meisten Nationalliberalen unter Führung des Staatsministers Friedberg schlossen sich der demokratischen Partei an, und nur der Umstand, daß die in ihr führenden Männer des „Berliner Tageblatts“ Herrn Dr. Stresemann den Eintritt in ihren Parteivorstand verwehrten, verhinderte, daß auch er gesinnungstüchtiger Demokrat wurde. So befaß er sich wieder auf seinen Liberalismus und schuf sich aus den Resten der Nationalliberalen seine Deutsche Volkspartei.

Der deutschnationale Aufruf fand guten Widerhall. Auch Geldmittel strömten der Partei in bemerkenswerter Fülle zu. Schwierig war der Aufbau der Parteiorganisation, und er drängte um so mehr, als schon nach zwei Monaten die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung und den verfassunggebenden Landesversammlungen stattfinden sollten. Bis dahin mußten die Mitglieder der Partei in örtlichen Gruppen gesammelt, diese zu Kreisvereinen und Landesverbänden zusammengeslossen, die Aufstellung der Wahlbewerber für die Vorschlagslisten der neu geschaffenen großen Wahlkreise durchgeführt werden. Das neue Verhältnismahlrecht, bisher in

Deutschland praktisch unbekannt, mußte den Organisationen in all seinen schwierigen Einzelheiten vertraut gemacht werden. Erschwerend wirkte bei alle dem, daß die deutsch-nationale Partei sich ungeachtet der Vielen, die bisher nicht im Lager der Rechten gestanden hatten und die ihr nun beitraten, doch organisatorisch auf den örtlichen und provinziellen Untergruppen der vier alten Rechtsparteien aufbauen mußte. Sie galt es zu deutschnationalen Gruppen und Verbänden zu verschmelzen, wobei zahlreiche alte sachliche und persönliche Differenzen aus früher zwischen ihnen geführten Wahlkämpfen zu überwinden waren, was in einzelnen Gegenden geraume Zeit in Anspruch nahm.

In den ersten drei Wochen wollte der Aufbau nicht recht von der Stelle rücken. Zwar entstanden mehrere hundert Unterorganisationen, aber es blieben noch zahllose Lücken, die unbedingt noch vor den Wahlen ausgefüllt werden mußten. So hatte die Hauptgeschäftsstelle der neuen Partei in Berlin Mühe genug, alles ins rechte Geleise zu bringen. Ihr hatte der Hauptverein der Deutsch-Konservativen bereitwillig einen Teil seiner Büroräume und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, nachdem sein Weiterer Vorstand am 3. Dezember unter Leitung von Seydebrands, der persönlich der neuen Partei nicht beitrug, die konservativen Organisationen und Mitglieder aufgefordert hatte, sich den Deutschnationalen anzuschließen.

Nicht ganz leicht wurde es den Gründern der Partei, einen geeigneten Führer für sie zu finden. In dem Fieber jener Wochen nach der Revolution galt jeder Politiker, der in den alten Parteien eine hervorragende Stellung gehabt hatte, dem allgemeinen Empfinden als vorbelastet mit den Ursachen des Zusammenbruchs; auch mußte es erwünscht erscheinen, eine parteipolitisch noch nicht hervorgetretene Persönlichkeit zu gewinnen, um die Verschmelzung der vier bisher getrennt aufgetretenen Richtungen der deutschen Rechten zu einer gemeinsamen neuen Partei zu erleichtern. Es wurde zunächst der frühere Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister Dr. von Delbrück, ins Auge gefaßt, der sogleich nach der Parteigründung an die Spitze der Deutschnationalen Thüringens getreten war. Er war nicht abgeneigt, sich zur Verfügung zu stellen; wie er mir gegenüber betonte, habe ihm Zeit seines Lebens der Gedanke vorgeschwebt, einmal nach Abschluß seiner amtlichen Laufbahn sich mit der Aufgabe zu widmen, die konservativen Elemente des Landes auf wahr-

haft volkstümlicher Grundlage zu sammeln, wie es der spätere Lord Beaconsfield in den sechziger Jahren in England getan hat. Allein aus den Reihen der alten Vaterlandspartei, die den Deutschnationalen naturgemäß viele Kräfte zuführten, wurde das Bedenken geäußert, daß Delbrücks amtliches Wirken etwas reichlich mit dem Bethmann Hollwegs verknüpft gewesen sei, dessen innere und äußere Politik in den entscheidenden drei ersten Kriegsjahren eine der Hauptursachen des Kriegsverlustes gewesen ist. Delbrück trug diesen Bedenken in freundlichstem Entgegenkommen Rechnung, und er hat dann in der Deutschen Nationalversammlung bei Schaffung der Weimarer Verfassung der deutschnationalen Fraktion dank des reichen Schatzes seiner staatsmännischen Erfahrungen un-
gemein schätzbare Dienste geleistet.

Die Wahl fiel am 19. Dezember auf Staatsminister Hergt, der nach einer schnellen Beamtenlaufbahn bei Bethmann Hollwegs Rücktritt preußischer Finanzminister geworden und bis zur Revolution geblieben war. Mit ihm gewann die Partei einen Führer im rüstigsten Alter, den erstaunliche Arbeitskraft, schnelle Auffassungsgabe, Verstandesschärfe und Beredsamkeit in gleichem Maße auszeichnen und der sich in kurzer Frist in die ihm bis dahin nicht nahe gewesenen Bedingungen des politischen Parteilebens einarbeitete. Seine Verdienste um die schnelle innerliche Verschmelzung der Partei können nicht leicht überschätzt werden; er erstritt sich bald eine geachtete politische Stellung in Deutschland und trug durch seine unermüdlige Vortragstätigkeit zur Ausbreitung der deutschnationalen Bestrebungen wesentlich bei. In ihm verkörpert sich so recht das, was die Partei an neuem Gedankengehalt über das Maß des von den alten Rechtsparteien Vertretenen in sich aufnahm; seine Anziehungskraft auf Kreise, die jenen nicht zugänglich gewesen waren, erwies sich als bedeutend. Neben ihm bildeten den ersten Engeren Vorstand der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Raiffeisengenossenschaften Geh. Justizrat *Die triech* als stellvertretender Parteivor-
sitzender, Landgerichtsrat *Schulz*-Bromberg, Arbeitersekretär *Walbaum*, Professor *Werner*-Buzbach, Frau *Margarete Behm* und Zeitungsverleger *Graef*-Anklam als geschäftsführendes Vorstandsmitglied, der die Organisation der Partei ehrenamtlich leitete. Im Weiteren Vorstand saßen an bekannteren bisherigen Abgeordneten *Graf Westarp*, *Dr. Roeficke*, *Winkler*, *Lüdicke*, *v. Kardorff*, *Behrens* und *Mumm*, an sonstigen Politikern

u. a. D. Traub, der aus der Vaterlandspartei der letzten Kriegsjahre manchen tüchtigen Kopf aus ursprünglich liberalem Lager den Deutschnationalen zubrachte und bald einer ihrer geschätztesten Vortragsredner war.

Die Gedanken der Rechtspolitik aus ihrem bisherigen Hauptverbreitungsgebiet, den kleineren Städten und dem platten Lande, in neue Kreise zu tragen, die Partei Großstadt=fähig zu machen, wurde von der Führung entschlossen in Angriff genommen. Besonders lag ihr an einem starken Erfolge in Berlin und in Westdeutschland. Das Verhältnismahlrecht bot die äußere Möglichkeit dazu, während die frühere Wahlkreis-Einteilung in kleine Bezirke und das Stichwahlssystem der Rechten jede Erfolgsaussicht in den Großstädten geraubt und daher auch ihre Organisation hier hatte verkümmern lassen. Der christlichsoziale Einschlag in der deutschnationalen Partei eröffnete ihr erhöhte Werbefähigkeit in der industriellen Arbeiterschaft, die den Konservativen seit dem Ausscheiden Stöckers zunehmend verhaßt gewesen war. Daneben galt es, in den geistig führenden Schichten Boden zu fassen, den man verloren hatte, seitdem die häufigen wirtschaftspolitischen Kämpfe die großen Probleme der Staatspolitik hatten in den Hintergrund treten lassen. Dazu kam das von der Rechten völlig unbestellte Feld der politischen Betätigung der Frauen. Die Einführung der Verhältnismahl und des Frauenstimmrechts sind die beiden großen innerpolitischen Fehler, die die Demokratie von ihrem Standpunkte aus nach der Revolution beging. Von dem Frauenstimmrecht versprach sie sich dieselben radikalisierenden Wirkungen, die es im Auslande gezeitigt und die die Konservativen abgeschreckt hatten, es zu fördern. Doch man hatte nicht mit den Empfindungen der deutschen Frauen gerechnet, die sich durch den gewaltsamen Sturz ruhmreicher Herrschergeschlechter, die glatte Unkirchlichkeit und die banale Kulturlosigkeit der neuen Machthaber zurückgestoßen fühlten. Die Mehrheit der deutschen Frauenwelt hielt an den nationalen Ueberlieferungen und am alten Glauben fest und wandte sich den gemäßigten Richtungen zu. Die Abschaffung der Stichwahl schlug vollends zu Gunsten der Rechten aus; bei ihrer Beibehaltung hätten die Wahlen zur Nationalversammlung ihr wahrscheinlich nicht ein einziges Mandat gelassen, zumal die Stimmung für sie auch auf dem Lande sehr ungünstig war, das die Zwangswirtschaft des Krieges verbittert hatte und wohin die Frontsoldaten vielfach von sozialistischen Kameraden verheßt zurückgekehrt waren.

Bei der Gewinnung der Geistesarbeiter leistete ein Berliner Kreis junger Verwaltungsbeamter und Angehöriger anderer Berufe wichtige Dienste. An parteipolitischer Erfahrung ermangelte es vielen von ihnen; ihre jugendliche Begeisterung schoß in der Erwartung schneller, sichtbarer Erfolge im Anfang ein wenig über das Ziel hinaus und machte der Leitung der Parteiorganisation, die die Grenzen der Ausdehnungsfähigkeit in diesen ersten Monaten besser über sah, zuweilen das Leben schwer. Aber das wurde durch rastlose Arbeitsfreude und manches reiche sachliche Können voll aufgewogen. In rascher Folge veranstaltete man in Berlin große Berufskundgebungen und brachte gehaltvolle Aufrufe an die Angehörigen der geistigen Berufe zum Anschluß an die Partei heraus; namhafte Gelehrte, Geistliche, Künstler und Schriftsteller unterzeichneten sie. Zur Bewunderung vieler trat zu Tage, wie zahlreich konservativ und national Denkende in den intellektuellen Schichten vorhanden waren, die bisher wegen des vermeintlich zu ländlichen Interessenkreises der alten Rechtsparteien sich ihnen fern gehalten hatten. Der Erfolg dieser Tätigkeit trat bei den Wahlen unverkennbar in die Erscheinung. Aus jenem Kreise ging bald darauf die Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der Deutschnationalen Volkspartei hervor, die unter der Leitung des Regierungsrats von Hassel für die sachliche Vertiefung der Parteiziele allerhand nützliche Anregung gegeben hat.

Um eine möglichst vollständige Erfassung aller Bevölkerungskreise zu fördern, sah schon die erste Parteifazung die Errichtung von Berufsständigen Ausschüssen bei allen unteren Parteiinstanzen vor, die später durch Reichsausschüsse bei der Parteileitung zusammengefaßt wurden. Sie haben sich gut bewährt und zu der beruflichen Vielseitigkeit beigetragen, deren sich die Partei heute erfreut. Ihre Leitung lag lange in den Händen des früheren Abgeordneten v. Winterfeldt-Menk in. Auch die Belange der aus dem Felde zurückgekehrten Offiziere und Soldaten, deren Stimmung für die bevorstehenden Wahlen damals von Gewicht war, wurden in solchen Ausschüssen bearbeitet. Aus manchen sind in der Folgezeit Vereine geworden, die in enger Zusammenarbeit mit der Partei dieser ihre standespolitischen Wünsche nahebringen; es seien der Deutschnationaler Lehrerbund, die Deutschnationaler Beamten schaft E. B., der Reichsbund deutschnationaler Rechtsanwälte

und Notare, der Bund deutschnationaler Vertreter der Heilberufe und der Deutschnationaler Arbeiterbund erwähnt. Die kommunalen Vertreter der Partei fanden sich in dem Bunde deutschnationaler Gemeindevertreter zusammen.

Der erste bei der Parteileitung gegründete Ausschuß war der Reichs-Frauenauschuß, dessen Leitung die Vorsitzende des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen, Margarete Behm, übernahm. Er hat ausgezeichnet gearbeitet und wurde anderen Parteien zum Vorbild bei der Gewinnung der Frauen für die politische Tätigkeit. Was die deutschnationalen Frauen in Stadt und Land an anstrengender Kleinagitation für die Partei geleistet haben, ist über alles Lob erhaben; ihre Führerinnen haben in der Durchdringung der deutschen Frauenbewegung mit nationalen Gesichtspunkten schöne Fortschritte gemacht. Das frühere Bild eines einseitigen Tummelplatzes politisch radikaler Kräfte bietet die Frauenbewegung in Deutschland heute nicht mehr.

Wichtig war, daß sich die rechtsstehende Presse der Partei von Anbeginn an sehr freundlich gegenüberstellte. Da man in der Vergangenheit den journalistischen Berufsarbeitern nicht immer den gebotenen Spielraum zu einer einflußreichen Betätigung innerhalb der Parteischranken eingeräumt hatte, wurden auch hier neue Wege aufgesucht. Die führenden Köpfe der Berliner rechtsstehenden Zeitungen wurden in einen Reichs-Presseauschuß gebeten; sein Vorsitzender, der Leiter der „Deutschen Tageszeitung“ und jetzige Reichs- und Landtagsabg. Baeker, trat in den Parteivorstand ein. Sein fein geschliffener Stil hat zahllosen Rundgebungen und Wahlaufrufen der Partei ihre Eigenart gegeben. In den späteren Jahren ist die Parteipresse dank der Opferwilligkeit der Parteifreunde beträchtlich vermehrt worden.

Nachdem die Parteigliederung bis zum Jahreschluß 1918 in groben Zügen durchgeführt war, soweit die nächste brennende Aufgabe, der bevorstehende Wahlkampf, es erheischte, bot der Wahlaufruf zur Nationalversammlung erwünschten Anlaß zu einer neuerlichen programmatischen Rundgebung. Dem Aufruf waren Richtlinien für die politische Arbeit der Deutschnationalen angefügt, die die Forderungen des Gründungsaufrufes sachlich und in der formellen Fassung erweiterten und das vorläufige Parteiprogramm darstellten. Der Wahlaufruf gab rückhaltlos der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch

in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze, als ein über den Parteien stehender Faktor der Stetigkeit, der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspreche. So selbstverständlich dieses offene Bekenntnis zum monarchischen Gedanken uns heute erscheint: in jenem ersten revolutionären Trubel sahen es manche als Wagnis an. Und doch war es politisch richtig, auch in dieser Frage mit offenem Bistier zu kämpfen; es trug zur inneren Besinnung der durch den doppelten Zusammenbruch gänzlich zerfahrenen Gemüther bei und gab einen starken Antrieb zur Sammlung aller gesund Empfindenden. Wie stark die politische Erschütterung damals selbst bei solchen Männern war, die der Krone persönlich nahe gestanden hatten, mag aus folgendem Vorgang erhellen. Eines Tages erschienen eine größere Reihe ehemaliger militärischer und ziviler Würdenträger aus Potsdam auf der Hauptgeschäftsstelle der Partei, um ihre Bedenken gegen jenes Bekenntnis des Wahlaufrufs vorzubringen; in der alten Hohenzollern-Residenz glaube man an eine Wiederbelebung des monarchischen Gedankens nach diesem tiefen Fall nicht mehr. Ich gab den Herren zu verstehen, daß ich für ihren schnellen Auffassungswechsel kein Verständnis aufzubringen vermöge. Man verließ mich höchst unzufrieden. Bald darauf war man auch in Potsdam zur gesunden Vernunft zurückgekehrt; es ist heute eine Hochburg deutschnationaler Denkart.

Die Wahlen brachten den Deutschnationalen 42 Sitze in der Deutschen Nationalversammlung, 50 in der Preussischen verfassunggebenden Landesversammlung. Von den Landesversammlungen der außerpreussischen Einzelstaaten hatten die in Württemberg 25, in Sachsen 13, Mecklenburg-Schwerin 11, Weimar 9, Baden und Bremen je 7, Altenburg 6, Hessen, Bayern, Mecklenburg-Strelitz und Lippe je 5 deutschnationale Abgeordnete; in den übrigen Staaten waren es 1—3. Obwohl von vereinzelt, im politischen Leben wenig Erfahrenen noch bessere Ergebnisse erwartet worden waren, konnte die Partei in hohem Maße zufrieden sein. Der maßlose Versammlungsterror der Sozialisten hatte die Agitation ebenso erschwert wie der Umstand, daß die Deutschnationalen restlos für alle Fehlschläge des alten Regimes verantwortlich gemacht und als Kriegsverlängerer und Annexionisten verschrieen wurden. Tatsächlich brachte denn auch das Abschneiden der Partei bei diesen ersten Revolutionswahlen ihren Gegnern Enttäuschung genug.

In den deutschnationalen Fraktionen*) überwog die Zahl der neu in die Parlamente Eingetretenen durchaus. In der Nationalversammlung saßen von den alten konservativen Abgeordneten nur 8, von den freikonservativen nur 2, von den christlichsozialen 3, von den deutschvölkischen 2; in der Preussischen Landesversammlung waren 10 konservative, 3 freikonservative, 1 völkischer. So war es erklärlich, daß aus den Reihen der nicht Wiedergewählten der neuen Partei der Vorwurf gemacht wurde, sie habe absichtlich bisherige Vertreter der Rechtspolitik aus der parlamentarischen Tätigkeit hinausgedrängt. Soweit sich dieser Vorwurf gegen die Parteileitung erhob, war er unberechtigt. Sie hatte sich vielmehr denkbare Mühe gegeben, verdienten bisherigen Abgeordneten Mandate zu verschaffen. Die Schwierigkeit lag draußen im Lande. Das Empfinden, daß im damaligen Augenblick leidliche Wahlerfolge nur mit im Wesentlichen neuen, noch nicht parlamentarisch tätig gewesenem Männern zu erzielen seien, war gerade in den alten konservativen Reihen allgemein; aus Pomern, wo sie bisher ein Viertelhundert Reichs- und Landtagsabgeordnete gestellt hatten und wo das konservative Element auch in der Organisation der Deutschnationalen weit überwog, kehrten nur 2 bis dahin konservative Abgeordnete in die Parlamente zurück. Gewiß war man in dem Wunsche nach neuen Köpfen zu weit gegangen; Adel und Großgrundbesitz, die bis dahin so viele ausgezeichnete Parlamentsarbeiter gestellt hatten, waren in dem an sich richtigen Streben nach einer beruflich vielseitigen Zusammensetzung der Fraktionen zu sehr bei Seite gerückt worden. Aber die damalige Stimmung entsprach nun einmal diesem Vorgehen, das erst bei späteren Wahlen in etwas ausgeglichen wurde.

Der Nachteil dieser Maßnahme, das Fehlen parlamentarisch eingearbeiteter Leute, stellte sich bald heraus. Da er indessen in den gegnerischen Parteien noch weit stärker hervortrat, und da die deutschnationalen Fraktionen sehr viel mehr Männer mit praktischer Verwaltungserfahrung aufwiesen als die anderen, so machte sich doch bei den Deutschnationalen ein fühlbares sachliches Übergewicht in allen bedeutenden Verhandlungen gegenüber den anderen Parteien geltend. Das trat be-

*) Ueber die parlamentarische Tätigkeit der deutschnationalen Fraktionen im Reich und in Preußen seit 1919 unterrichten eingehend die bei der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H., Berlin SW. 11, erschienenen Veröffentlichungen der Abgeordneten Dr. P h i l i p p und E b e r s b a c h.

sonders bei der Beratung der Reichsverfassung und der Staatsverfassungen, aber auch sonst oft genug, hervor, und so erwarb sich die neue Partei, wiewohl sie zur Opposition verurteilt war, sehr schnell in den Parlamenten eine auch von den Gegnern geachtete Stellung. Da die Leiter der deutschnationalen Fraktionen, in der Nationalversammlung der frühere Staatssekretär des Innern, Staatsminister Graf von Posadowsky-Wehner, in der Preussischen Landesversammlung Staatsminister Hergt, erfahrene und kenntnisreiche praktische Staatsmänner waren, so gelang es, innere Reibungsflächen, wie sie neu gewählte Fraktionen zunächst immer aufweisen werden, zu überwinden und diese arbeitsfähig zu machen. Die innerliche Verschmelzung der bisher getrennten Gruppen zu einem sachlich geschlossenen Gebilde ging über alles Erwarten schnell vor sich, wobei das Ueberwiegen der nicht mit dem Schwergewicht alter politischer Traditionen behafteten neuen Abgeordneten ins Gewicht fiel.

Derselbe Vorgang trat auch in der Organisation der Partei zu Tage. Die örtlichen Vereine der alten Rechtsparteien waren gleich zu Anfang so gut wie restlos aufgelöst worden. In einigen wenigen Provinzen wurden die konservativen Provinzverbände noch aufrecht erhalten; da sie aber abgesehen von seltenen Jahrestagungen keine Tätigkeit mehr entfalteten, so störten sie den weiteren Ausbau der deutschnationalen Parteigliederung nicht. Verstimmung, die auch in den Sitzungen der deutschnationalen Parteivertretung mehrfach zum Ausdruck kam, erregten politische Kundgebungen, die der bestehende Hauptverein der Deutsch-Konservativen hin und wieder erließ. Da er aber in die Wahlen nicht eingriff und auch sonst eine praktische politische Tätigkeit nicht entfaltete, so fanden solche Kundgebungen regelmäßig wenig Wiederhall in der Öffentlichkeit, die sich sehr bald mit dem Ausscheiden der einst so einflußreichen konservativen Partei aus dem deutschen politischen Leben als mit einer unabänderlichen Tatsache abgefunden hat. Tatsächlich würde ja auch ein Versuch, sie rückgängig zu machen, woran man anfänglich vereinzelt wohl gedacht hat, scheitern; denn in dem inzwischen zu Gewicht gelangten jungen Geschlecht des ostelbischen Adels und Großgrundbesitzes, der früheren namhaften Träger der konservativen Partei, sieht man heute viel zu klar, daß es politischen Einfluß nach der Umwälzung nur in einer Partei wahren kann, die von breiten bürgerlichen Schichten getragen wird. Eine wiederbelebte konservative Partei würde heute sofort dem

tötenden Ruf einer einseitigen „Junker“-Partei verfallen und zu hoffnungsloser Machtlosigkeit verurteilt bleiben. Uebrigens ist auch der gelegentlich in absterbenden altkonservativen Kreisen aufgetauchte Gedanke, eine solche Wiederbelebung mit Hilfe radikal Völkischer zu Wege zu bringen, so gänzlich undurchführbar. Denn unter den Elementen, die parteimäßig einzig und allein auf Antisemitismus aufbauen zu sollen glauben, überwiegen demokratische staatspolitische und mißverständene sozialistische Neigungen so sehr, daß die Irrungen ihrer etwaigen Parteiehe mit Altkonservativen ungewöhnlich schnell zur Katastrophe führen müßten.

Nachdem die Wahlen abgeschlossen waren, mußte die Partei darauf bedacht sein, ihre innere Organisation zu festigen, um neue Aufgaben in Angriff nehmen zu können. Schon im Februar 1919 waren in einer Vertretertagung der Landesverbände die vom Beginn an eingeschlagenen Formen der Parteigliederung im Wesentlichen bestätigt worden. Mitte April trat die Parteivertretung (der Hauptvorstand) zum ersten Mal zusammen, genehmigte den endgültigen Satzungsentwurf, der dann auf dem Parteitag angenommen wurde, und regelte die Finanzgebahrung. Die politischen Beratungen der Parteivertretung galten den in Aussicht stehenden Friedensbedingungen. Die Reichsregierung wurde aufgefordert, jeden Friedensvertrag abzulehnen, der die 14 Wilsonschen Punkte verschärfe und Deutschland Landgebiet und Kolonien raube. Auch wurde der staatsrechtliche Zusammenschluß mit Deutschösterreich und die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen und der besetzten Gebiete gefordert. Als am 12. und 13. Juli der Erste Reichsparteitag in Berlin zusammentrat, hatten die sozialistisch geführte Regierung und die Nationalversammlung trotz schärfster Opposition der Deutschnationalen dem vernichtenden Versailler Schandfrieden bereits zugestimmt. Der Parteitag, dessen riesiger Besuch und einheitlicher Verlauf in der Öffentlichkeit tiefen Eindruck machten, legte nach einem Vortrage des Abg. D. Traub über die Bilanz des Weltkrieges und der Revolution gegen die Lostrennung deutscher Stammesgenossen vom Mutterlande Verwahrung ein; auch sagte er die dereinstige Auferstehung der in der Weimarer Verfassungsberatung begrabenen Bismarckschen Grundlagen des Reichsaufbaus voraus. Die Tagung brachte ferner Berichte der Abgeordneten Frau Behm und v. Kardorff über die Tätigkeit der Fraktionen im Reich und in Preußen sowie Vorträge der Abgeordneten

v. d. Osten, Dr. Eugen berg, Budjuhn und Behrens über den Wiederaufbau von Landwirtschaft, Industrie, Mittelstand und Arbeiterschaft, des Grafen Westarp über die künftigen Bahnen deutscher auswärtiger Politik, des Abg. Dr. v. Delbrück über die schwebenden Fragen der inneren Politik und des Abg. Generalsuperintendent D. Reinhard über deutsche Kulturpolitik.

Der gemeinsame Kampf gegen Friedensvertrag und Weimarer Verfassung hatte kurz vorher eine Annäherung zwischen Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei zu Wege gebracht. Als noch die Hoffnung bestand, daß es vielleicht gelingen werde, Regierung und Mehrheit der Nationalversammlung bei dem ursprünglichen Widerstand gegen das Friedensdiktat der Feinde festzuhalten, hatten Verhandlungen stattgefunden über einen Zusammenschluß der beiden Rechtsparteien; die Deutsche Volkspartei bezeichnete sich damals noch als solche, erst nach den Reichstagswahlen 1920 entdeckte sie ihren mittelparteilichen Charakter. Die deutschnationalen Fraktionen in Berlin hatten sich einhellig für die aus dem volksparteilichen Lager kommende Anregung erklärt; in der Volkspartei war viel Stimmung dafür. Im letzten Augenblick aber vereitelte Dr. Stresemann den Plan. Er mochte wohl auf den Bestand einer ausschließlich auf seine Person zugeschnittenen Partei nicht verzichten; auch spielte bei ihm die noch aus den Kämpfen um die Erbanfallsteuer herstammende persönliche Abneigung gegen die konservative Empfindungswelt eine Rolle, eine Abneigung, die diesem sonst so wandlungsreichen Politiker und Großstadtmenschen sehr tief eingeprägt ist. Es läßt sich unschwer ausmalen, wie anders die innerpolitischen Zustände sich gestaltet haben würden, wäre es zu einer Einigung gekommen. Sie war damals noch möglich, da beide Parteien sich in ihrem politischen Gedankengehalt noch nicht so scharf abgegrenzt hatten; inzwischen sind der trennenden Schranken ungleich mehr geworden. Das für die deutsche Entwicklung so schädliche mittelparteiliche Schwergewicht in der Regierung mit linksparteilichem Einschlage würde wahrscheinlich längst überall dem Bürgerblock unter rechtsparteilicher Betonung Platz gemacht haben, wenn im Frühjahr 1919 die damalige nationale Opposition in ein Parteibett eingemündet hätte. Stresemanns Vorwand gegen die Einigung war der Hinweis, daß es der Volkspartei bei gesondertem Auftreten eher gelingen werde, von der zerfallenden Demokratischen Partei Wähler zu sich hinüberzuziehen.

Tatsächlich hat die Volkspartei, als sie sich noch als nationale Rechtspartei ansprechen ließ, die größte Anziehungskraft auf demokratische Ueberläufer ausgeübt. Seitdem die Volkspartei erklärte Mittelpartei geworden ist, hat der Abbröcklungsprozeß in der Demokratischen Partei zu Gunsten der Volkspartei keinen nennenswerten Fortgang mehr genommen. Das ist auch ganz erklärlich; der Wähler, der sich seiner bisherigen Partei entfremdet fühlt, geht gemeinhin nicht zu einer ihr ähnlichen, sondern zu einer möglichst andersartigen!

Die Teilnahme an den Verhandlungen der Parlamente stellte die Deutschnationalen vor eine Frage von grundsätzlicher taktischer Bedeutung, mit der sich jede Oppositionspartei auseinanderzusetzen hat, sobald sie sich im Gegensatz zur geltenden Staatsform befindet: soll die Partei unter dem Gesichtspunkt positiver Arbeit bei der Beratung und Beschlußfassung im Parlament auf Durchsetzung in ihrem Sinne gelegener Verbesserungen bedacht sein, oder soll sie Opposition um der Opposition willen treiben und die Dinge möglichst der Katastrophe entgegenreifen lassen, um auf diesem Wege einen Wandel der Grundlagen des Staatslebens zu erreichen? Schon bei der Beratung der Weimarer Verfassung hatten sich in der deutschnationalen Partei wenige Stimmen erhoben, die an den Bemühungen der Fraktion Kritik übten, die schlimmsten Uebel des Preußischen Verfassungsentwurfs auszumerzen. Auch bei anderen Anlässen, so gelegentlich des bemerkenswerten Hertzschen Versuchs, in einer Rede vom September 1919 im Preußenhause Wege eines Ordnungsprogramms aufzuweisen, spielte jene taktische Frage eine Rolle. Allerdings eigentlich nur in Parteierörterungen außerhalb des Parlaments. Wer ihm angehört, erkennt, auch wenn er noch so scharfer Oppositionsmann ist, nur zu schnell, daß die grundsätzliche Negation um ihrer selbst willen garnicht durchzuführen ist, da sie sich den praktischen Bedürfnissen der eignen Wählerschaft nicht anpassen läßt. Eine Partei der ausschließlichen Negation darf nicht ins Parlament gehen; denn der von Kommunisten und neuerdings Nationalsozialisten eingeschlagene Ausweg, im Parlament die Arbeit desselben durch bewußte Herabwürdigung der ganzen Einrichtung zu diskreditieren, führt nicht zum Ziel, weil er auf die Dauer den Urheber lächerlich macht und auch durch geeignete Geschäftsordnungsbestimmungen verbaut werden kann. So bleibt für den Gegner der geltenden Staatsform im Ernste nichts anderes übrig, als ihre Mängel durch scharfe sachliche Kritik bloßzulegen und ihre Umbildung im Wege posi-

tiver Arbeit allmählich vorzubereiten. In diesem Sinne haben die Deutschnationalen fruchtbar gewirkt. Aber der Streit über diese Methode hat noch bei dem Ausscheiden der späteren nationalsozialistischen Freiheitspartei aus der Deutschnationalen Volkspartei im Hintergrunde der Trennungsgründe gestanden, und es ist bezeichnend, daß dieses methodische Scheidungsmerkmal auch bei den Nationalsozialisten Bayerns zu Absplitterungen führt, nachdem sie sich auf das von Hitler erst so verworfene Kompromiß mit dem Parlament eingelassen haben.

Da nach dem Abschluß der Weimarer Verfassung Neuwahlen zum Reichstag in Aussicht standen, mußte die deutsch-nationale Parteileitung an die Schaffung eines endgültigen Parteiprogramms herantreten. Es wurde in einem Ausschusse sehr sorgsam vorbereitet und Anfang April 1920 von der Parteivertretung beschlossen. Die Grundsätze der Deutschenationalen Volkspartei, wie das Programm genannt wurde, bestehen aus einer Einleitung, in der die tragenden Gedanken der Partei in knappen, schwungvollen Sätzen zusammengefaßt sind, und aus den Forderungen an das Volks- und Staatsleben, an das geistige und Wirtschaftsleben. An die Spitze der Forderungen ist die nach Freiheit des deutschen Volkes von fremder Zwangsherrschaft, nach Aenderung des Versailler Vertrages und Wiederherstellung der deutschen Einheit gestellt. Weitere Absätze behandeln den Schutz des Deutschtums in den verlorenen und besetzten Gebieten und im Auslande, die Notwendigkeit einer starken und stetigen, nur durch deutsche Gesichtspunkte bestimmten auswärtigen Politik sowie die Wiederherstellung der monarchischen Staatsform. Die Monarchie, so sagen die Grundsätze, verbürgt, über den Parteien stehend, am sichersten die Einheit des Volkes, den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unbestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entschließung über ihre Staatsform haben; für das Reich erstrebt die Partei die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten Kaisertums. Um der Reichseinheit willen ist die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu schützen und ihre berechnete Eigenart zu pflegen; auf die staatenbildende Kraft eines unzerstückelten, in seinen Rechten nicht geschmälernten Preußen kann das Reich für seinen Wiederaufbau nicht verzichten. Für die Volksvertretung wird das gleiche Wahlrecht gefordert; neben ihr soll eine Vertretung der Berufsstände Platz greifen, die den Urhebern des Programms für die Zusammensetzung von Ersten Kammern in den Einzel-

staaten vorschwebte. (Der zuweilen auftauchende Gedanke eines Ersatzes des allgemeinen Wahlrechts durch das berufsständische für Reichstag und Zweite Kammern in den Ländern findet in dem Parteiprogramm keine Stütze*). Die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht auf Grund der allgemeinen gleichen Wehrpflicht, die Erhaltung des Berufsbeamtentums, eine kraftvolle vollziehende Verwaltung und ein festgefügtter Behördenaufbau, die Gleichberechtigung der Frauen, die Pflege der Volksgesundheit und Volkskraft, die Zurückdrängung der Vorherrschaft des Judentums und die Unterbindung des Zustroms Fremdstämmiger über unsere Grenzen vervollständigen die staatspolitischen Wünsche der Partei.

In dem das geistige Leben betreffenden Teil bekennt sich das Programm zur christlichen Weltanschauung, zur Gleichstellung aller Bekenntnisse und zur Freiheit der Kirchen für die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten. Die Schule soll stärker als bisher Willen und Charakter zu bewußtem Deutschtum und lebendiger Staatsgesinnung formen; die christliche Bekenntnisschule ist grundsätzlich vorzuziehen. Weitere Forderungen betreffen die Ausgestaltung der einzelnen Schulgattungen, die Lehrerbildung, die Lehrfreiheit an den Hochschulen, die Förderung von Jugendpflege, Jugendbewegung und Kunst.

Für das Wirtschaftsleben wird der Satz geprägt, daß jede lebensfähige Volkswirtschaft sich auf dem Privateigentum und der Eigenwirtschaft aufbaut. Staats- und sonstige öffentliche Unternehmungen sind nur da am Platze, wo sie für die Allgemeinheit notwendig sind und gegenüber dem Privatbetrieb unzweifelhaft wirtschaftliche Vorteile bieten; die Zwangswirtschaft des Krieges ist restlos abzubauen. Für das Siedlungs- und Wohnungswesen und die Schaffung von Heimstätten stellt das Programm maßvolle und durchführbare Grundsätze auf. Erhaltung und Vermehrung des selbständigen Mittelstandes in Stadt und Land werden als das wirksamste Mittel zur Überbrückung der sozialen Gegensätze bezeichnet, da er den unteren Klassen die Aufstiegsmöglichkeiten zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit offen hält und so eine gesunde Schichtung der Bevölkerung fördert. Der Uebernahme mittelständischer Betriebe in Staats- oder Gemeindebesitz widersezt sich die Partei grund-

*) Näheres darüber in meiner Schrift „Völkische Mittel- oder deutschnationale Rechtspartei?“, Berlin 1924, Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.

fächlich. Die Landwirtschaft, die nur auf freier Scholle den Nahrungsbedarf Deutschlands decken kann, ist vor Eingriffen zu bewahren, die ihrem Wesen widersprechen. Der freie deutsche Handel soll in seine Vorkriegsrechte wieder eingesetzt werden, die Absatzfähigkeit von Industrie und Handwerk sind pfleglich zu behandeln. Für die Arbeitnehmer verlangen die deutsch-nationalen Grundsätze ein zeitgemäßes Angestellten- und Arbeiterrecht, Gewährleistung des Koalitionsrechts, Tarifverträge und öffentliche Berufsvertretungen. Die Beteiligung der Angestellten und Arbeiter am Gewinn des Unternehmens ist anzustreben. Der marxistische Klassenkampfgedanke wird als Zerstörer jeder Kultur abgelehnt.

Das Parteiprogramm hat bei den Wahlen und sonst starke Anziehungskraft bewährt. Auch ein von der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft entworfenes Nationales Manifest der Partei, das sich vorzüglich an die Gebildeten wendete, führte ihr viele neuen Freunde zu. Der weiteren Vertiefung der deutschnationalen Ziele dienten ausführliche Richtlinien für die Agrarpolitik, die Mittelstandspolitik, die Schulpolitik, die Beamtenpolitik, die Kommunalpolitik und die Frauenfragen, die von den entsprechenden Reichsausschüssen im Einvernehmen mit der Parteileitung aufgestellt wurden.

So durfte die Fassung der grundsätzlichen Bestrebungen der Partei im Frühjahr 1920 als abgeschlossen gelten. Inzwischen hatte der Rapp-Butsch auf ihre aufstrebende Entwicklung einen unerfreulichen Schatten geworfen. Die drohende Entlassung der Brigade Ehrhardt aus dem Dienst hatte den äußeren Anlaß zu diesem unbedachten Unternehmen gegeben; die verfassungswidrige Hinausschiebung der längst fälligen Neuwahlen und die Absicht der Regierung, dem Volke das durch die Verfassung verbürgte Recht der unmittelbaren Reichspräsidentenwahl zu nehmen, wurden als politischer Grund hingestellt. Die Partei erfuhr gleichzeitig mit der Regierung von der im Militär entstandenen Bewegung und setzte alle Mittel ein, um die beteiligten Stellen von törichten Schritten zurückzuhalten. Man sagte ihr am 10. März zu, daß solche nicht erfolgen würden. Leider erließ die Regierung gleich darauf gegen einige Beteiligte Haftbefehle, und nun ließen sich die Führer der Bewegung doch verleiten, den Marsch auf Berlin anzutreten, der dann in wenigen Tagen zusammenbrach.

Die Deutschnationalen, die schon in den Monaten vorher, als ähnliche Absichten aus früheren Offizierskreisen laut wur-

den, jedem, der es hören wollte, mit stärkstem Nachdruck auf die Aussichtslosigkeit und Verwerflichkeit derartiger gewaltsamer Umsturzversuche hingewiesen hatten, mußten ihr Gewissen frei. Da aber einige bekannten Mitglieder ihrer Partei sich in das Unternehmen der Rapp und Lüttwitz hatten hineinziehen lassen, so setzten die politischen Gegner alles daran, um den Rapp-putsch bei den ihm folgenden Wahlen zum Reichstag auszunutzen. Den Erfolg durfte die Deutsche Volkspartei für sich buchen; sie erhielt zahlreiche Stimmen von Leuten, die durch die sozialistischen Terrorakte nach dem putsche verängstigt waren und deshalb der Volkspartei als der gemäßigteren Oppositionsrichtung den Vorzug gaben. So erzielte die Volkspartei, der auch aus dem Zerfall der Demokraten eine reiche Erbschaft erwuchs, einen Stimmenzuwachs, der um 1,1 Million größer war als der der Deutschnationalen, obwohl diese insgesamt über 200 000 Stimmen mehr als jene erhielten. Der Rapp-putsch kostete der deutschnationalen Partei mindestens 10 Mandate, die sie nach amtlicher und sonstiger Schätzung ohne ihn mehr erhalten haben würde.

Die Sorge vor gewaltsamen Unternehmungen zur Umwälzung der durch die Revolution geschaffenen Zustände hat die deutschnationale Führung nie ganz verlassen. Da die Partei grundsätzlich und tatsächlich auf dem Standpunkt steht, eine Aenderung der Verfassungseinrichtungen nur auf dem in der Verfassung vorgesehenen gesetzlichen Wege zu erstreben, so können ihre Endziele durch Gewaltmethoden nur verzögert werden, obenein diese in Ansehung der Bevölkerungsstruktur und der ausgesprochen gesetzmäßigen Denkart der Deutschen einen Erfolg nicht versprechen. So erklärlich es manchem erscheinen mag, wenn sich gut deutsch Empfindende durch ihre innere Empörung über die von der Revolution angerichtete Schandwirtschaft zu politischen Torheiten und menschlich verwerflichen Schritten hinreißen lassen, um die sozialistischen Machthaber mit den gleichen revolutionären Mitteln zu bekämpfen, mit denen sie sich in den Sattel geschwungen haben, — besonnene politische Erwägung muß derartige Schritte entschieden ablehnen! Die nationale Bewegung wäre im nachrevolutionären Deutschland längst zu einer ganz anderen Machtsstellung gelangt, wenn wir keinen Rapp-putsch, keinen Erzberger- und Rathenau-Mord und keinen Münchener November-putsch erlebt hätten. Nach jedem dieser unheilvollen Ereignisse hat die marxistische Demokratie bereits geräumte Positionen erneut besetzt, wenn auch ab und an nur vorübergehend; jedes-

mal hat die nationale Opposition Rückschläge erlitten, die mühsam wieder ausgeglichen werden mußten. Möchte diese Einsicht endlich auch in den hoffnungslos unpolitischen Gehirnen Raum gewinnen, die sich berufen wähnen, gelegentlich mit ungeicherten Revolvern politische Vorsehung spielen zu müssen!

Der neue Reichstag sah statt bisher 42 nun 66, nach den später vorgenommenen Wahlen in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien 71 deutschnationale Abgeordnete. Der Parteivoritzende Hergt war in den Reichstag übertreten und übernahm statt des Grafen von Posadowsky, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, den Fraktionsvorsitz. Unter den neu Gewählten befanden sich Graf Westarp und der frühere Vizekanzler und Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Helfferich, dem sein siegreicher Prozeß gegen den Reichsverderber Erzberger hohe Volkstümlichkeit eingetragen hatte; er war in 3 Wahlkreisen gewählt worden. Nun wurde er schnell zum packendsten Parlamentsredner der Fraktion; seine fabelhafte Arbeitskraft, seine souveräne Beherrschung des jeweiligen Verhandlungsstoffes und der politischen Vorgänge in der Vergangenheit machten ihn bei den Gegnern gefürchtet. Helfferich war der beste Kenner aller mit dem Friedensvertrag und den Reparationsfragen zusammenhängenden Dinge im Reichstage; daß er im Frühjahr 1924 einem grausamen Unfall zum Opfer fallen mußte, war der härteste Schlag, der die Deutschnationalen treffen konnte, und gerade in diesem Augenblick der Auseinandersetzungen über das Sachverständigen-Gutachten ein vaterländisches Unglück schlechthin.

Seitdem die Deutschnationalen in die Reihe der großen Parteien eingetreten waren, trat die Frage der Teilnahme an der Regierung an sie heran, ein Problem, das für sie als eine in grundsätzlicher Gegnerschaft zur geltenden Staatsform stehende Bewegung nicht ohne Schwierigkeit ist. Von einer Aufgabe ihrer staatspolitischen Endziele, der Rückkehr vom parlamentarischen zum konstitutionellen Regierungssystem und zur Monarchie, kann dabei selbstverständlich keine Rede sein. Aber schon der Eintritt in eine Koalition mit anderen Parteien ist gelegentlich in der Parteipresse als fragwürdiges und unerwünschtes Experiment hingestellt worden. Nun hat sicherlich eine parteimäßig einheitliche Regierung sehr viel leichteres Arbeiten und braucht sich nicht zu unbequemen Zugeständnissen an andere Richtungen zu verstehen; aber daß in Deutschland in absehbarer Zeit eine Partei allein zur

Macht gelangt, muß unter normalen Verhältnissen als ausgeschlossen gelten. Zur Macht muß jede Partei zu kommen suchen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll. Auch in der Opposition läßt sich manches Schlimme verhüten, mancher Teilerfolg erzielen. Gerade die gesetzlichen Maßnahmen indessen, auf deren Verwirklichung es entscheidend ankommt, sind nur vom Regierungstisch aus ins Werk zu setzen, und auf dem Gebiete der Verwaltung, wo in vielen Fragen das Beste geleistet werden kann, läßt sich überhaupt nur arbeiten, wenn man die Hand am Steuer hat. Das gilt vorzugsweise auch für Maßnahmen auf dem Gebiet der Judenfrage, was in Kreisen, die in ihr den Schlüssel aller Unbilden sehen, gewöhnlich übersehen wird. So entspringen die warnenden Stimmen, die hin und wieder aus dem nationalen Lager gegen eine Regierungsteilnahme laut werden, ungenügender Kenntnis der treibenden Kräfte in den politischen Geschäften oder einem vielleicht unbewußten Mangel an Zutrauen in das eigene Vermögen, sich auch in einer Vielzahl von Regierungsparteien positiv durchzusetzen.

Selbstverständlich muß ein Mindestmaß an Einheitlichkeit in grundsätzlichen Auffassungen den Parteien eigen sein, mit denen man sich verbindet. Eine Koalition mit der Sozialdemokratie würde für die Deutschnationalen unausführbar bleiben. Wenn man in der ersten Zeit nach der Revolution vielleicht auch noch zweifelhaft sein konnte, ob die Sozialisten unter dem Druck der Verhältnisse sich ihre außenpolitische Würde- und Instinktlosigkeit und ihre innerpolitischen Unmöglichkeiten nicht abzugewöhnen imstande sein würden: nach den Erfahrungen dieser Jahre wird auch der Hoffungseligste damit nicht mehr rechnen. Ueberdies haben die Sozialdemokraten niemals daran gedacht und werden auch in Zukunft niemals daran denken, sich mit den Deutschnationalen auf ein und dieselbe Ministerbank zu setzen (und umgekehrt!). In dieser Voraussicht konnten letztere nach den Reichstagswahlen 1920 unbedenklich zum Ausdruck bringen, daß sie unter Zurückstellung verfassungspolitischer Wünsche bereit seien, mit allen den Parteien zusammen zu arbeiten, die ehrlich am Wiederaufbau mitwirken wollten; es war von vornherein sicher, daß die Sozialdemokratie sich in diese Erklärung nicht einbezogen fühlen würde, zumal sie gleich darauf beschloß, sich diesmal grundsätzlich an der Regierung nicht zu beteiligen, sondern in die Opposition zu gehen, weil sie dadurch ihre bei der Wahl erschütterten Reihen leichter wieder zu schließen

hoffte. Im übrigen kam die Teilnahme an der Regierung für die Deutschnationalen praktisch garnicht in Frage. Der Reichspräsident hatte zuerst dem Führer der Mehrheitssozialisten als der größten Partei die Bildung des Ministeriums angeboten und, nachdem dieser abgelehnt, unter Uebergehung der zahlenmäßig folgenden Parteien, des Zentrums und der Deutschnationalen, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze damit beauftragt. Dieser ging erstaunlicher Weise zunächst zu den Sozialisten, und anstatt, als sie abermals ablehnten, den gegebenen Versuch zu einer bürgerlichen Koalition zu machen, gab er den Auftrag ohne Weiteres zurück. Es kam dann zur Minderheitsregierung Fehrenbach, gestützt auf Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten unter der wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie.

Wenn man heute auf die Zeit seit 1920 zurückblickt, drängt sich unwillkürlich die Frage auf: wie anders wären die deutschen Geschicke seitdem verlaufen, wenn damals eine bürgerliche Mehrheitsregierung entstanden wäre! Sicherlich hätten, ganz abgesehen von der inneren Politik, die mit der Konferenz von Spaa, dem Londoner Ultimatum, der oberschlesischen Abstimmung, der Ruhrbesetzung und dem Sachverständigen-Gutachten verknüpften Ereignisse einen ganz anderen Ausgang genommen, wenn die Reichsregierung, statt ihrer ständigen Rücksichtnahme auf die unsinnige Außenpolitik der Sozialisten, an der besonnenen, aber festen Haltung der Deutschnationalen einen Rückhalt gehabt hätte. Es ist die geschichtliche Schuld der Deutschen Volkspartei, daß sie in jenem Augenblick, wohl unter dem Einfluß Dr. Stresemanns, die Augen links nahm und so ihre große Stunde verpaßte. Dieser Schuld hat Dr. Stresemann dann im Herbst 1922 den vielleicht noch verhängnisvolleren Schritt hinzugefügt, die längst fällige Neuwahl des Reichspräsidenten bis 1925 zu verhindern. Denn letzten Endes ist es dessen „Verdienst“, wenn auch heutigen Tages noch die Lösung des bürgerlichen Mehrheitsblocks im Reich und in Preußen nicht erfüllt ist, sondern die Sozialdemokratie trotz aller Wahl-Mißerfolge noch immer, bald als tätiger, bald als stiller Teilhaber, den Gang der Geschäfte regelt. Wer hinter den Kulissen zu beobachten Gelegenheit hat, wie geschickt und eifrig der sonst so klug im Hintergrunde bleibende Herr Ebert die Fäden zieht, sobald eine Regierungskrise im Anzuge, der kann Dr. Stresemann nicht um das volle Maß von Verantwortung für die schwere Schädigung der nationalen Interessen beneiden, die er mit jener Verlängerung der Ebertschen Amtszeit auf sich

geladen hat. Und da sich der Preis, den Stresemann dafür im Reich einhandeln wollte, die große Koalition von ihm bis zu Scheidemann, als ungangbarer Weg herausgestellt hat, so ist auch vom Standpunkt seines Parteiinteresses der politische Mißerfolg der Verhinderung der Präsidentenwahl vollkommen. Für die Deutschnationale Volkspartei aber liegt geradezu eine Tragik darin, daß sie voraussichtlich erst in einem Zeitpunkt zur Macht gelangen wird, wo die langjährige Mißwirtschaft der sozialistisch geführten oder von den Sozialisten beeinflussten Regierungen innen- und außenpolitisch so gut wie alles in Grund und Boden ruiniert hat.

Auch das Zentrum trägt sein wohl gerütteltes Schuldmaß an diesen Dingen. Das Bestehen dieser konfessionellen Partei ist von jeher als eine Vermehrung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands empfunden worden. In Fragen der Kirche und Schule pflegt das Zentrum Linie zu halten, wiewohl die Verzögerung des Reichsschulgesetzes sein Konto koalitionspolitischer Rücksicht auf die kirchengegnerische Demokratie schwer belastet. Aber in allen anderen Fragen treibt das Zentrum wenig grundsätzliche Gesinnungs-, sondern fast ausschließlich opportunistische Gelegenheitspolitik. Das trägt ein starkes Moment der Unsicherheit, der Vorausberechnungslosigkeit in die deutsche Politik. Seitdem unter dem Einfluß Erzbergers schon im letzten Jahrzehnt der Monarchie, und in verstärktem Umfange seit der Revolution, der demokratische Zentrumsflügel die Vorhand bekommen hat, sind die konservativen und nationalen Belange der katholischen Bevölkerung von dieser Partei schwer vernachlässigt worden. Das Empfinden dafür hat sich infolge der engen Zusammenarbeit des Zentrums mit der, alles Vaterländische und Christliche verabscheuenden Sozialdemokratie zunehmend verstärkt und schließlich zum Anschluß zahlreicher Katholiken an die Deutschnationale Volkspartei geführt. Da sie von ihrer früheren Partei fälschlich als Abtrünnige ihrer Kirche befehdet wurden, stellte sich ihnen das Bedürfnis heraus, im Rahmen der deutschnationalen Partei eine Stelle zu besitzen, die die kirchenpolitischen Bedürfnisse der Katholiken pflegen und der Werbearbeit der Partei unter den Katholiken dienen könne. So kam es unter der Führung des Freiherrn v. Landsberg-Drensteinfurt, des Sohnes des verstorbenen Zentrumsführers, im August 1920 zur Gründung des Reichskatholikenausschusses. Er hat in Wort und Schrift eine glänzende Tätigkeit entfaltet. Heute haben sich nicht nur in vielen katholischen Landesteilen ganze Bauerndörfer vom

Zentrum getrennt, sondern vor allem steht ein guter Teil des gebildeten katholischen Nachwuchses heute im deutschnationalen Lager, darunter auffallend viele Nachkommen alter bekannter Zentrumsführer. Auf die Dauer dürfte diese Entwicklung dem Zentrum höchst abträglich werden, wenn es sich nicht noch, bevor es zu spät ist, auf die staatspolitisch konservative Einstellung seiner früheren Jahre besinnt.

Die starke Propaganda, die die katholische Kirche auch in vorwiegend evangelischen Gegenden in den letzten Jahren entfaltet, hat naturgemäß in evangelischen Kreisen Mißfallen erregt und den Gegensatz zwischen beiden Konfessionen vermehrt. Damit muß man sich beiderseits abfinden. Beiden Konfessionen kann Recht und Pflicht, für ihre Auffassungen nach Kräften zu wirken, nicht bestritten werden; der auf dem Boden des Christentums stehende Politiker wird nur Sorge zu tragen haben, daß unter diesem nicht zu vermeidenden Wettbewerb der gemeinsame, gesamtchristliche Gesichtspunkt nicht zu kurz kommt, dessen Wahrung bei der Stärke der christentums-feindlichen Kräfte im heutigen Deutschland ohnehin oft genug in Frage gestellt ist. Die Deutschnationale Volkspartei kann und will ihrem Programm gemäß in die innere Gestaltung der christlichen Kirchen nicht eingreifen; sie muß sich deshalb als Partei auch einer Bevorzugung der einen oder anderen Konfession enthalten und es ihren Mitgliedern überlassen, persönlich in den zwischen ihnen strittigen Dingen die Stellung einzunehmen, die ihr Gewissen ihnen vorschreibt. Der Wettbewerb der christlichen Konfessionen unter einander gehört nicht zur Zuständigkeit einer politischen Partei, sondern muß von den kirchlichen Einrichtungen und Verbänden ausgetragen werden. Soweit die vorhandenen Reibungen in das parlamentarische Getriebe hineinspielen, muß die Partei taktvoll und schonend einen gerechten Ausgleich suchen. Der in evangelischen Kreisen gelegentlich aufgetauchte Gedanke der Gründung einer evangelischen politischen Partei wird von den Deutschnationalen genau so abgelehnt, wie sie dem Zentrum den Anspruch bestreitet, alleinige Vertreterin der katholischen politischen Interessen zu sein. Den Evangelischen aber, die für die Hiniüberziehung von Katholiken in das betont nationale Lager überhaupt kein Verständnis zeigen, sei gesagt, daß die letzten Ziele der Deutschnationalen Volkspartei angesichts der vielen Evangelischen in gegnerischen Parteien garnicht zu verwirklichen sind, wenn es nicht gelingt, auch breite Massen der katholischen Bevölkerung dafür zu gewinnen. Für die besondere Pflege evangelisch-

kirchenpolitischer Angelegenheiten innerhalb der Partei ist ein Evangelischer Reichsausschuß bestellt worden, den der Landtagsabg. Universitäts-Professor Dr. Kühler leitet. Er hat sich in gemeinsamen christlichen Fragen mehrfach mit dem Reichs-Katholikenausschuß zusammen betätigt.

Der Zweite Reichsparteitag fand Ende Oktober 1920 in Hannover statt. Dieser Ort war zum Teil im Hinblick auf die Wünsche des Welfentums gewählt, das seit der Revolution viel Anhang fand, da die sozialistische Wirtschaft der Berliner Regierung Preußens Anziehungskraft auf die Niedersachsen nicht gerade gestärkt hatte. Die Partei wollte gerade am Sitze der welfischen Propaganda die Unteilbarkeit Preußens erneut betonen. Die preußische Vormachtstellung im Bismarck-Reiche war allen demokratisch Zersetzten von je ein Dorn im Auge gewesen; der Zusammenbruch des Reiches schien die Bahn für ihre Beseitigung frei gelegt zu haben. So hatte der Plan des Vaters der Weimarer Verfassung, des intimen Preußenhassers Hugo Preuß, Preußen in kleine Staaten zu zerschlagen, nur damit die deutschen Länder möglichst gleiche Größe aufweisen, nicht nur in der demokratischen Partei, sondern auch im Zentrum Zustimmung gefunden. Auch die Sozialdemokratie liebäugelte aus alter Abneigung gegen das straffe preußische Wesen zunächst damit. Aber die sozialistischen preußischen Minister hatten doch bald an der Regierung eines großen staatlichen Gebildes Geschmack gefunden und wollten nur dann Preußen aufgeben, wenn alle Länder im Reiche aufgingen. Dazu mochten sich indessen ihre Parteigenossen in den süddeutschen Staaten nicht verstehen; die Möglichkeit, in München, Stuttgart, Karlsruhe oder Darmstadt Minister zu sein, übte unwiderstehlichen Reiz aus, und der Gedanke, sich von Berlin aus unmittelbar regieren zu lassen, war den süddeutschen Sozialisten genau so unausstehlich wie ihren Landsleuten in den bürgerlichen Parteien. Wenn so dafür gesorgt war, daß die weitgehendsten Preußischen Ideen in den Kinderschuhen stecken blieben, so waren doch die von Zentrumsleuten im Rheinland und in Oberschlesien geförderten Loslösungsbestrebungen und die welfischen in Hannover ernst genug für Preußens unzerstückelten Bestand, und der bundesstaatliche Aufbau des Reiches war durch die Bestimmungen der Weimarer Verfassung in beträchtlichen Punkten unterbunden.

In den ersten Monaten der Deutschnationalen Volkspartei gab es auch in ihr einige, die die föderalistische Grundlage Deutschlands preiszugeben bereit waren. Ich erinnere mich,

wie ein früherer freikonservativer Abgeordneter von ausgesprochenener geistiger Beweglichkeit — in der deutschnationalen Partei ist der inzwischen Verstorbene parlamentarisch nicht tätig gewesen, — sich oft vergeblich bemühte, mir die angeblichen Vorzüge eines unitarischen Reiches klarzumachen. In der Parteileitung und in den Fraktionen ist man stets der Auffassung gewesen, daß die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates die Zertrümmerung der deutschen Einheit bedeuten würde. Die deutschnationale Preußenfraktion ist von Anfang an allen auf die Verkleinerung Preußens gerichteten Versuchen mit größter Entschiedenheit entgegengetreten, und sie hat auch die von der sozialistischen Regierung ursprünglich geförderte Zerschlagung der preußischen Staatseinheit im Wege einer Provinzialautonomie verhindert. Schon 1923 durften die Deutschnationalen im preußischen Landtage mit Genehmigung feststellen, daß ihr Standpunkt nun auch von den meisten andern Parteien geteilt werde. Drei Jahre zuvor, zur Zeit des Hannoverschen Parteitages, standen die Dinge aber noch ganz anders. Deshalb wurde die Frage der staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands auf dem Parteitage in einem Vortrage des Hauptschriftleiters B a e c k e r eingehend behandelt. Die Partei bestätigte ihre bisherige Haltung in den Sätzen: „Das einige Reich braucht eine starke Reichsgewalt. Wir wollen nicht zurück zu dem Elend der früheren Kleinstaaterie, zum Elend des alten deutschen Bundes vor Bismarck. Eine unitarische Gestaltung des Reiches lehnen wir ab. Ein zentralistischer Unitarismus, wie ihn die Weimarer Verfassung und weitere Reichsgesetze gebracht haben, widerspricht dem deutschen Volkscharakter und der deutschen Geschichte; er bedeutet nicht eine Stärkung, sondern eine Gefährdung des Reichsgedankens. Die Deutschnationale Volkspartei erstrebt deshalb die Rückkehr zu einem Föderalismus, der in Fortentwicklung der Bismarckschen Grundgedanken eine starke Reichsgewalt mit der Sicherung des gefunden Eigenlebens der Bundesstaaten vereint. Auf das Entschiedenste wenden wir uns gegen alle Versuche, den preußischen Staat zu verkleinern oder zu zertrümmern.“

In zweiter Linie beschäftigte die unhaltbare äußere Lage des Reiches den Parteitag. Reichstagsabg. v. G r a e f e - B o l d e b e e forderte die Revision des Versailler Vertrages, der unter Bruch des uns von der Entente gegebenen Wortes durch Erpressung aufgezwungen und unerfüllbar sei. Weitere Vorträge hielten Staatsminister H e r g t über das Ziel der Partei, Landtagsabg. Dr. Ritter über deutsches Volkstum und

deutsche Zukunft, Reichstagsabg. L a m b a c h über den Weg zur Volksgemeinschaft. Auch diesmal wurde der überaus besuchte Parteitag zu einer machtvollen Rundgebung, wie denn auch die späteren Parteitage jedesmal dank sachlich ausgezeichnete Referate und wirkungsvoller Aufmachung sich zu starken Werbemitteln auswuchsen.

Das Interesse der heranwachsenden Jugend für die nationalen Grundgedanken der Partei zu gewinnen, war schon durch die von den Volksbeauftragten verordnete Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr geboten gewesen. Man konnte die jungen Leute nicht ohne rechtzeitige staatsbürgerliche Vorbereitung an die Wahlurne treten lassen. Deshalb hatte die Partei zunächst den schon vor ihr entstandenen Deutschen nationalen Jugendbund gefördert, der sich die nationale Erziehung seiner Mitglieder zur Aufgabe stellte, ohne sich auf eine bestimmte Partei festzulegen. An den Universitäten und Hochschulen wirkten Ortsgruppen der Deutschen nationalen Studentenschaft im Parteisinn. Da die Gegner sich aber ausgesprochene Partei-Jugendorganisationen geschaffen hatten, die auch Schüler aufnahmen und in der Agitation bei Wahlen und sonst gute Hilfe leisteten, so machte sich das gleiche Bedürfnis auch in vielen deutschnationalen Verbänden fühlbar. Die Parteileitung scheute lange vor dem Gedanken zurück, die Jugend all zu früh in das parteipolitische Getriebe hineinzuziehen. Sie hatte auf dem Parteitag in Hannover die Errichtung eines Reichs-Jugendausschusses unter Vorsitz des Landtagsabg. Dr. Ritter beschließen und auch die Unterorganisationen zur Einsetzung von Jugendausschüssen verpflichten lassen. Allein das weitergehende Beispiel der anderen Parteien zwang schließlich auch die Deutschen nationalen, ihre Bedenken zurückzustellen. So kam es später zur Begründung der Bismarck-Jugend der Deutschen nationalen Volkspartei, die im engen Anschluß an die Partei sehr schnell große Ausdehnung fand. Ungeachtet dessen muß daran festgehalten werden, daß die revolutionäre Errungenschaft des Wahlrechts der Jugendlichen unter 25 Jahren rückgängig zu machen ist. Wer noch in den glücklichen Jahren der persönlichen Entwicklung steht, soll gewiß die Augen aufstun und sich ein Bild der politischen Zustände zu machen suchen, er kann aber nicht verlangen, auf den Gang der Staatsgeschäfte aktiv einzuwirken.

Es war selbstverständlich, daß die im Friedensvertrag vorgesehenen Nationalitätsabstimmungen in Ostpreu-

ßen, Schleswig-Holstein und dann Oberschlesien die Deutschnationalen auf dem Posten sahen. Ihre leidenschaftliche Agitation trug nicht wenig dazu bei, die Säumigen aufzurütteln. Auch bei der späteren, auf Grund des unglücklichen Artikels 18 der Reichsverfassung vorgenommenen Vorabstimmung über die Zugehörigkeit Hannovers zu Preußen tat die Partei ihre Pflicht. Zu schweren Auseinandersetzungen mit den Linksparteien kam es gelegentlich des Londoner Ultimatums im Frühjahr 1921, das von Deutschland neben unerfüllbaren Kriegsschädigungen die Entwaffnung forderte. Nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die Mehrheitssozialisten erklärten zunächst die Entente-Noten für unannehmbar. Dann aber wiederholte sich das unwürdige Spiel beim Friedensschluß; bis auf Deutschnationale und Volksparteiler fielen alle anderen um, und die neue, aus Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten gebildete Regierung *Wirth* unterschrieb restlos.

So war die parlamentarische Lage im Reiche wieder genau so unerfreulich wie vor den Reichstagswahlen. Dagegen kam man in Preußen durch die Bildung des Ministeriums *Stegerwald* einen kleinen Schritt voran. Die Landtagswahlen vom Februar hatten eine Mehrheit sowohl von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei — also die der großen Koalition —, als auch vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen ergeben. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung begannen zunächst zwischen den bisherigen Regierungsparteien, Sozialisten, Demokraten und Zentrum. Obwohl auch sie noch über eine allerdings schwache Mehrheit verfügten, bestand das Zentrum auf der Hinzuziehung der Volkspartei. Darauf wollte sich die Sozialdemokratie nicht einlassen. Die Gefahr war, daß schließlich entweder das Zentrum nachgeben werde, was die Rückkehr des Ministeriums *Braun-Severing* bedeutet hätte, oder die Sozialdemokratie, und das hätte die Deutschnationalen in den unerwünschten Zustand gebracht, allein mit den unabhängigen Sozialisten in der Opposition zu sitzen wie bislang im Reiche. In dieser Lage entschloß sich die Fraktion zu handeln. Ihre eigene Hinzuziehung zu einer bürgerlichen Regierung stand damals nach der Auffassung des Zentrums nicht in Frage. Sie konnte deshalb einen Einfluß auf die Geschäfte nur gewinnen, wenn sie ihre nunmehr 75 Stimmen in die Waagschale einer neuen Lösungsmöglichkeit warf, die noch nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen war. Am Tage vor der Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag ließ sie das Zentrum wissen, daß sie für

eine Kandidatur des Wohlfahrtsministers Stegerwald stimmen und ihm das Vertrauen aussprechen werde, falls er sein Ministerium sozialistenrein gestalte. Die Deutschnationalen gaben gleichzeitig zu verstehen, daß sie selbst keinen Anspruch auf Ministeritze erhöben, daß ihnen dagegen der Eintritt einiger Beamten-Fachmänner in die Regierung neben Vertretern der anderen bürgerlichen Parteien zweckmäßig erscheine. Dieses Angebot veranlaßte das Zentrum, Stegerwald als Kandidat für das Präsidium aufzustellen, während hierfür bis dahin einige andere mehr links stehende Namen in Erwägung gezogen waren, und es bewog Stegerwald, die Kandidatur anzunehmen, wozu er bisher nicht entschlossen gewesen war. Tatsächlich wurde er mit großer Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt und schob nun in tagelangen Verhandlungen geschickt den Sozialisten die Schuld an ihrem Nichteintritt in das Kabinett zu. Es kam sodann mit 2 Zentrumsmännern, 2 Demokraten und 3 Beamten in den Sattel. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei liehen ihm wohlwollende Neutralität.

Das Ergebnis war ein Erfolg der äußersten Rechten. Sie hatte ihm, wie der „Vorwärts“ eingestand, „mit zähem Eifer und großer Geschicklichkeit vorgearbeitet.“ Und der Versuch verlief zunächst nicht unbefriedigend. Die sozialistische Zersetzung in der inneren Verwaltung erfuhr doch eine gewisse Unterbrechung, und auch sonst konnte die deutschnationale Partei manches Gute bei der Regierung erreichen. Leider machte Stegerwald nach einiger Zeit — ob durch seine Fraktion gedrängt, sei dahingestellt — den Fehler, mehrfach seine Bereitwilligkeit zur Aufnahme der Sozialdemokratie in sein Ministerium zu erkennen zu geben. Das gab seiner an sich durchaus festen Stellung den Eindruck der inneren Schwäche und wurde im Herbst von den nach dem Bündnis mit den Sozialisten schießenden Demokraten benutzt, ihm die Freundschaft zu kündigen. Stegerwald erklärte kleinmütig den Rücktritt, und unter stärkstem Druck Stresemanns auf seine Landtagsfraktion ging diese die Ehe mit Braun und Severing ein, wozu sich jetzt auch die Sozialdemokratie bereit finden ließ; die große Koalition in Preußen erstand. Hätte Stegerwald damals verstärkte Anlehnung nach rechts gesucht, könnte er noch heute preußischer Ministerpräsident sein!

In den ersten September-Tagen 1921 kamen die Deutschnationalen zu ihrem Dritten Reichsparteitag in München zusammen. Wenige Tage zuvor war Erzberger ermordet worden; die Linkspresse versuchte, den Deutsch-

nationalen die Verantwortung für diese Tat überspannter nationalistischer Rohlinge zuzuschieben. Auf diese haltlose Unterstellung gab der Parteitag die gebührende Antwort*). Der Besuch war ungeheuer, die Beratungen zeugten von starkem Selbstbewußtsein der immer mehr anwachsenden nationalen Bewegung. Staatsminister Hergt warf einen fesselnden Rückblick auf die Politik der Partei im Reich und in Preußen, der Führer der bayerischen Deutschnationalen Landtagsabg. Dr. Hilpert schilderte die Parteiarbeit in seiner engeren Heimat und gab der Reichstreue seiner Landsleute ergreifenden Ausdruck. Die Lage der Reichsfinanzen behandelte erschöpfend Dr. Helfferich, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft der Präsident des Reichswirtschaftsrats Reichstagsabg. Edler von Braun, den des selbständigen Mittelstandes der sächsische Landtagsabg. Dr. Eberle, der bekannte Führer des Reichsdeutschen Mittelstands-Verbandes. Ueber völkisch-nationale Erneuerung sprach, tief schürfend, der Erlanger Staatsphilosoph Prof. Dr. Brunstäd. Die politische Mitarbeit der Frauen erörterte die Reichstagsabg. Frau Müller-Otfried. In Anknüpfung an die Leiden der vom Feinde besetzten Westmark rollte der Landtagsabg. Staatsminister Wallraf die Kriegsschuldfrage erneut auf. Der Parteitag bezeichnete in einer Entschliezung die öffentliche Klärung der Schuldfrage als die wichtigste Aufgabe einer weitschauenden Politik, die das deutsche Volk von der ihm fälschlich aufgebürdeten Schuld freisprechen und zu einer Entlastung von den unerfüllbaren Friedensbedingungen führen müsse. Leider haben die Reichsregierungen bisher sich noch immer nicht dazu aufzuraffen vermocht, die Schuldfrage in den Mittelpunkt ihrer äußeren Politik zu rücken.

Auch mit den wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen Stadt und Land beschäftigte sich die Tagung. Reichstagsabg. Dr. Koesicke, der verdienstvolle Präsident des Reichslandbundes, würdigte die Schwierigkeiten einer ausreichenden Volksernährung und verlangte die Aufhebung der Zwangswirtschaft, aber auch verständnisvolle Hilfe für notleidende städtische Schichten seitens der Landwirte. Auf dem letzteren Gebiet hat dann die Partei dank ihrer freundschaftlichen Beziehungen zur landwirtschaftlichen Erzeugung Außerordentliches geleistet. Die zunehmende Entwertung des deutschen Geldes verteuerte die

*) In einer Entschliezung des Parteitages heißt es u. a.: „Wer im politischen Kampf zu Gewalttaten greift, der schließt sich damit von selbst aus der Deutschnationalen Volkspartei aus.“

Lebensmittel und machte es den Städten schwer, sich durchzuschlagen. In den Agrargegenden wurden deshalb umfassende Maßnahmen ergriffen, um die Provinzstädte mit Nahrungsmitteln zu erschwingbaren Preisen zu versorgen. Für Kleinrentner übernahmen die größeren Güter Patenschaften, d. h. sie belieferten sie in regelmäßigen Zeitabständen mit dem zum Leben Notwendigsten, meist unentgeltlich. Ohne diese von den Organisationen der Partei und der Landbünde durchgeführte großzügige Unterstützung, die auch jetzt noch vieler Orts andauert, hätten zahlreiche verarmte Kleinrentner die furchtbare Inflationszeit nicht überdauert.

Diese Unternehmung mußte der Partei um so mehr am Herzen liegen, als sie geeignet war, die bei jeder Lebensmittelknappheit oder Teuerung hervortretenden wirtschaftlichen Reibungen zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung abzuschwächen. Die gelegentlichen politischen Schwierigkeiten, die diesen Reibungen entspringen, haben sich von den alten Rechtsparteien, die als Vertreter der berechtigten Wünsche der Landwirtschaft darunter oft genug gelitten haben, getreulich auf die Deutschnationale Volkspartei vererbt. Sie nimmt sie pflichtgemäß auf sich, da sie von der Notwendigkeit ausreichenden Schutzes der landwirtschaftlichen Berufskreise als eines wertvollen Teils der Bevölkerung und als der Trägerin der Volksernährung durchdrungen ist. Das enge Verhältnis zwischen der deutschnationalen Partei und den Landwirten sichert der ersteren andererseits ein Moment des mit dem vaterländischen Boden Bewachenseins, das nicht gering zu veranschlagen ist und aus dem der Partei reiche Kräfte wahrer Heimatpolitik zuwachsen. Für die Landwirtschaft kann es nur nützlich sein, daß ihre wirtschaftspolitischen Interessen von einer Partei wie der deutschnationalen wahrgenommen werden, in deren Fraktionen alle Berufe vertreten sind; denn indem sie alle sich für notwendige Forderungen des platten Landes einsetzen, geben sie ihnen weit mehr sachliche Durchschlagskraft, als wenn eine überwiegend agrarisch zusammengesetzte Parlamentsgruppe sie auf ihr Schild erhöbe. Das rednerische Eintreten von städtischen und Arbeitnehmer-Abgeordneten der deutschnationalen Fraktionen für agrarische Belange hat schon mehrfach den parlamentarischen Gegnern der Landwirtschaft ihre besten Beweismittel entkräftet.

Was der Münchener Parteitagung einen besonderen Zuschnitt gab, war der Umstand, daß Bayern damals bereits

seit über einem Jahre als erster deutscher Staat eine bürgerliche Regierung ohne Anlehnung an die radikale Linke und den ersten deutschnationalen aktiven Staatsminister hatte. Hier, wo die Eisnersche Räterepublik sich blutig ausgetobt und die letzten Folgerungen des Klassenkampfgedankens in bolschewistischer Reinkultur klar zu Tage gefördert hatte, war man in Stadt und Land unweigerlich entschlossen, sich die zerstörende Mitarbeit der Marxisten an den Staatsgeschäften für alle künftige Zeit vom Halse zu halten. Daß Bayern zuerst von allen deutschen Ländern wieder zu einem Ordnungsstaat geworden war, daran hatte die Bayerische Mittelpartei, die die Rechtsstehenden umfaßte, ihren guten Anteil. Sie war schon am 14. November 1918 von Dr. Hilpert begründet worden, hatte sich im März 1920 in aller Form der deutschnationalen Partei angeschlossen, deren Namen sie neuerdings übernommen hat, und steht im Landtage in Fraktionsgemeinschaft mit den bayerischen Nationalliberalen. Seit dem Sommer 1920 ist sie, mit kurzer Unterbrechung, in der bayrischen Regierung vertreten; sie stellt ihr den ausgezeichneten Justizminister Dr. G ü r t n e r. Als im November 1923 die Nationalsozialisten Hitlers den verunglückten M ü n c h e n e r P u t s c h ins Werk gesetzt hatten, beeinträchtigte das die Bedeutung Bayerns für die politische Gesundung Gesamtdeutschlands empfindlich. Auch die bayerischen Deutschnationalen erlitten unter der politischen Psychose, der die mißleiteten nationalen Kreise dort verfielen, bei den nächsten Landtagswahlen einen Rückschlag. Je mehr die Erkenntnis wächst, daß die bisherigen nationalsozialistischen Wege in mißverstandenen Marxismus und politische Hemmungslosigkeit ausmünden, desto sicherer wird sich auch hier die Besinnung auf eine in der Sache entschiedene, in den Mitteln maßvolle nationale Politik einfinden.

Daß die nationale Welle, die das deutsche Volk allmählig wieder erfaßte, hier und da zu einem übertriebenen, der Sache schädlichen Radikalismus führte, war an sich erklärlich. Je länger die im Innern unbefriedigenden, nach Außen trostlosen Ergebnisse der Wirthschen Erfüllungspolitik währten, je unerträglicher sich der Erzbergersche Finanzunitarismus und die Verwüstung der inneren Verwaltung durch sozialistische Minister auswirkten, um so aussichtsloser mußte namentlich für die Ungeduld jugendlicher Köpfe der Weg verfassungsmäßiger Opposition gegen das herrschende Regiment erscheinen. Die Unfruchtbarkeit vieler parlamentarischer Debatten, die skrupellose Klügelwirtschaft der Regierungsparteien schufen eine un-

geheure Abneigung gegen das Parlament überhaupt, obwohl sie im Grunde Folgeerscheinungen der eigentlichen Fehlerquelle im demokratischen Staate, des parlamentarischen Regierungssystems sind. Bei ihm fehlt das Einsetzen der eigenen Persönlichkeit für die Durchführung der von der Staatsspitze übertragenen Aufgabe, das den Minister in konstitutionellen Staaten auszuzeichnen pflegt, weil er seinen Rückhalt an dem die letzten Dinge entscheidenden Staatsoberhaupt findet. Im parlamentarischen Regierungssystem wird das Verantwortungsbewußtsein der Minister durch die den eigentlichen Ausschlag gebenden Regierungsparteien beengt, und da diese aus einer Vielzahl von Personen bestehen, bei der erfahrungsgemäß niemand schwere Verantwortungen übernehmen mag, so ist das Fortwursteln in einmal eingeschlagenen Bahnen, auch wenn sie sich als fehlerhaft herausgestellt haben, die Regel. Nur eine in sich selbst, in ihrer eigenen Autorität gegründete Regierung, also die konstitutionelle, nicht die von der Parlamentsmehrheit abhängige parlamentarische, wird im allgemeinen den Mut zu großen Handlungen aufbringen. Deshalb hat man während der letzten Kriegsjahre in England und Frankreich die bestehende Parlahmentsherrschast zu Gunsten einer schlecht verhüllten Diktatur einiger weniger Köpfe außer Kraft gesetzt; deutsche politische Instinktlosigkeit hat den umgekehrten Weg eingeschlagen und damit auch richtig den Krieg verloren. Beengt das parlamentarische Regime auf der einen Seite die politische Entschlußfreudigkeit, so schließt es andererseits eine wirksame Verwaltungskontrolle aus, weil in ihm die Regierung nur das Vollzugsorgan der Parlamentsmehrheit ist, die sich nicht selbst zur Verantwortung ziehen kann, ohne ihren Bestand zu gefährden. Deshalb überleben parlamentarische Minister Mißgriffe ihres Ressorts, die früher einem konstitutionellen Minister sofort das Genick gebrochen hätten.

Das Ziel muß also die Wiedereinführung des konstitutionellen Regimes sein. Das Parlament ganz zu beseitigen, gehört in den Bereich politischer Kinderei; keine selbstbewußte Nation läßt sich auf die Dauer ohne angemessene Beteiligung an der Gesetzgebung lenken. Man kann, und in so verfahrenen Verhältnissen wie den unsrigen muß man zeitweise den parlamentarischen Betrieb ausschalten, um staatliche Ordnung und wirtschaftliche Vernunft diktatorisch wiederherzustellen. Aber sobald das geschehen, ist die parlamentarische Vertretung des Volkes, in ihren Rechten auf das für das Staatswohl er-

trägliches Maß angewiesen, nicht zu entbehren. Deshalb geht es auch ohne politische Parteien nicht ab, wie die Staatsweisheit der Nationalsozialisten sich träumen läßt. Sie sind selbst der beste Gegenbeweis gegen ihre Theorie; denn sie sind selbst zur politischen Partei mit allem Drum und Dran geworden, um ihre Bestrebungen zu fördern. Die politischen Gegensätze, die in jeder Nation vorhanden sind, lassen sich ohne Mord und Totschlag nur durch Parteibildung austragen. Aber die Parteien sollen nur Mittel politischer Wegfindung sein; sie sollen an den staatlichen Entscheidungen mitwirken, aber nicht allein ausschlaggebend regieren. Gewiß werden Parteien und Parlamente unser Volk nicht aus seiner jetzigen Knechtschaft befreien, sondern die nämlichen Kräfte, auf die der junge preußische Ministerpräsident von Bismarck im Anfang der sechziger Jahre als die dereinstigen Schöpfer deutscher Einheit und Macht hinwies. Damit diese Kräfte auch diesmal ihr Werk verrichten können, bedarf es indessen der Bahnbrechung des rechten Geistes, und hierfür ist auf die Mitarbeit politischer Parteien nicht wohl zu verzichten, so notwendig dabei auch noch andere Sammelstätten vaterländischer Pflichtauffassung sind. Mit dem unterschiedslosen Schelten auf die politischen Parteien schlechthin wird mehr nationales Porzellan zerschlagen, als gut ist. Es ist auch nicht wahr, wie man so oft hört, daß die Parteizerklüftung an allem deutschen Elend schuld sei. Andere Nationen sind auch in eine Unzahl politischer Parteien gespalten, und sie bekämpfen sich genau so heftig wie die unsrigen. (Daß wir es bei den letzten Reichstagswahlen auf 23 „Parteien“ brachten, lag an dem Einheitsstimmzettel, der die Wahlkosten dem Staat ausblüdete!) Nicht so sehr das Bestehen vieler politischer Parteien, so unerwünscht es an sich ist, ist das Unglück der Deutschen, sondern der Mangel an politischem Instinkt und an grundsätzlicher Geschlossenheit aller Richtungen gegenüber dem Ausland, die den Parteien anderer Länder selbstverständlich ist. Der wirksamste Hemmschuh schädlicher Begleiterscheinungen des Parteiwesens bleibt allerdings die Monarchie. So sehr es den Lebensbedingungen der von Mehrheitsbeschlüssen abhängigen Demokratie entspricht, die Minderheit zu unterdrücken, damit sie nicht zur Mehrheit werde, so sehr liegt es umgekehrt im tiefsten Wesen der Monarchie begründet, daß sie die Rechte der Minderheiten schützen muß, weil sie sich sonst ihrer besten Eigenschaft begäbe: über den Parteien zu stehen!

Die staatlichen Unterdrückungsversuche gegen Minderheitsparteien brachte die deutsche Demokratie nach den Norden

an Erzberger und Rathenau zu einer beachtenswerten technischen Vollendung. Herr Dr. Wirth, der das von Seßhaftigkeit zeugende Kunststück fertig bekommen hatte, trotz des Verlustes einer halben Provinz, Ost-Oberschlesiens, Reichskanzler zu bleiben, hatte bereits im Herbst 1921 im Verordnungswege allerhand den Geist der Verfassung verletzende Maßnahmen gegen die nationale Bewegung ergriffen. Die Gesetze zum Schutze der Republik, die er nach dem Rathenau-Mord ein dreiviertel Jahr später im Reichstage annehmen ließ, setzten so gut wie alle persönlichen und politischen Freiheitsbestimmungen der Weimarer Verfassung außer Kraft und erzeugten einen Unterdrückungsfeldzug gegen nationale Zeitungen und Verbände, der den bescheidensten Ansprüchen an demokratischer Gesinnung Hohn sprach. Die deutschnationale Partei hat es nicht an scharfem Kampf gegen diese Neuaufgabe Metternichscher Methoden fehlen lassen. Die Partei selbst ist in ihrer inneren Erstarkung durch diese Gesetze wenig berührt worden; in der vaterländischen Bewegung haben sie zeitweise unbesonnene Richtungen gestärkt.

Eines freilich erreichte, nicht die Schutzgesetzgebung, aber der rein menschliche Widerwille gegen die persönliche Zuchtlosigkeit der Mörder Rathenaus: die republikanische Staatsform gewann vorübergehend an Sympathieen, weil durch das einem ihrer namhaften Anhänger Zugefügte das ausgesprochene Rechtsempfinden des Deutschen sich verletzt fühlte. Auch sonst richtete der Mord genug politischen Schaden an: er führte im Herbst zur Wiedervereinigung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten und stärkte damit die marxistische Kampffront erheblich. Ueber die politische Auswirkung des Mordes habe ich damals in der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ ausgeführt: „Es hat wohl selten eine Partei ein so ausgesuchtes Mißgeschick gehabt wie unsere: jedes Mal, wenn die Gestaltung der Dinge ihrer politischen Voraussicht recht zu geben sich anschickte oder wenn die Partei eine bedeutende Aktion zum erfolgreichen Abschluß zu bringen im Begriff war, kam von außen her ein unberechenbares Ereignis, das die Partei um die Früchte ihrer sauren Arbeit betrog. Ganz besonders hat der verdienstvolle Dr. Helfferich darunter zu leiden gehabt. Als sein Prozeß gegen Erzberger gerade eine für den letzteren höchst unbequeme Wendung zu nehmen anhebt, knallt der frühere Fähnrich v. Hirschfeld mit seinem Revolver dazwischen und umwindet das Haupt des in seiner Privatehre Gefährdeten mit dem mythischen Kranze des po-

litischen Märtyrers. Wenige Tage, nachdem der Prozeß mit der moralischen Erledigung Erzbergers geendet, setzt die Farce des Rapp-Putsches ein. Kostenpunkt für unsere Partei: 10 Reichstagsitze weniger, als sonst zu erwarten gewesen, bei der darauf folgenden Wahl infolge Abwanderns des rechts gerichteten Fluglands zur Deutschen Volkspartei. Im Spät-Sommer 1921, kurz vor der für die Erfüllungspolitiker vernichtenden oberschlesischen Entscheidung, der Mord an Erzberger. Folge: verstärkte Linksentwicklung aller Regierungsparteien, Herr Dr. Wirth übersteht amtlich den Verlust halb Oberschlesiens, die Deutsche Volkspartei und die Mehrheitssozialisten finden sich wenigstens in Preußen, Stegerwald hier und Rahr in Bayern müssen gehen. Und im Juni 1922, als die deutsche Valuta infolge der Erfüllungspolitik ins Bodenlose zu rutschen beginnt und deren völliger Zusammenbruch auch dem blödesten Auge klar wird, ermöglicht der feige und dumme Mord an Rathenau dem Träger der Erfüllungspolitik, Dr. Wirth, die Markentwertung auf das Konto der durch diese Schreckens-tat veranlaßten innerpolitischen Zerrüttung zu schieben, setzt die Wirth-Regierung auf absehbare Zeit fest in den Sattel, treibt die Deutsche Volkspartei zur Suspendierung ihres monarchischen Glaubensbekenntnisses, beglückt ganz Norddeutschland mit den Segnungen thüringisch-braunschweigischer Regierungs- und Verwaltungspraxis, vernichtet den Rest preußischer Staatsautorität durch Ausmerzungen der alten Verwaltungsbeamten aus den leitenden Stellen und stellt die Pflege der großen deutschen Erinnerungen unter Ausnahmegesetz!“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte um dieselbe Zeit die Fraktionsgemeinschaft mit dem Abgeordneten Henning aufgehoben, was zur Folge hatte, daß auch die Abgeordneten v. Graefe-Goldebee und Wulle ihre Mitarbeit in der Fraktion einstellten. Da sie in der antisemitischen Betätigung der Partei vielfach hervorgetreten waren, wurde von ihnen versucht, den Streitpunkt auf das völkische Gebiet zu verlegen, wozu sachlich jeder Anlaß fehlte. Die eigentliche Trennungsursache war, daß ihnen, wie Henning es in einer Besprechung in Kassel durchblicken ließ, vorschwebte, die deutschnationale Partei zu den politischen Methoden des Faschismus zu bekehren, die die Parteimehrheit als in Deutschland nicht gangbar ablehnte. Die Auseinandersetzungen dauerten noch mehrere Monate an. Auf dem Görlitzer Parteitag wurde die Forderung der Herren v. Graefe und Wulle, die Bildung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei zu ge-

statten, abgelehnt. Bald darauf gründeten die drei Abgeordneten die Freiheitspartei, die sich 1924 mit den Nationalsozialisten zusammenschloß.

Noch ein weiterer Parlamentarier hatte sich inzwischen von den Deutschnationalen getrennt, der Reichstagsabg. Dr. Dürringer. Ihm sagte die betont völkische Einstellung der Partei nicht zu. Er ging zur Deutschen Volkspartei, zu der nach dem Kapp-Putsch bereits der Abg. v. Kardorff hinübergewechselt war. Auch ihm war die deutschnationale Partei zu antisemitisch gewesen, und ihr Weg zur staatlichen Macht mochte seinen persönlichen Wünschen zu langwierig erscheinen.

Mit gutem Vorbedacht hatte die Parteiführung das Tempo der völkischen Betätigung in den ersten Jahren nicht überstürzt. Das Verständnis für die Bedeutung der Judenfrage für unser Volk war zwar schon während des Krieges, der so viele ausgesprochen jüdische Auswüchse in der Zwangswirtschaft gezeitigt hatte, gewachsen; der fast völlige Stillstand der antisemitischen Bewegung in den letzten Vorkriegsjahren schien überwunden. Immerhin war die Zahl überzeugter Judegegner auch nach der Revolution zunächst noch verhältnismäßig gering. Hätte die Partei sofort in eine schroff völkische Bahn eingelenkt, so würde sie außerordentlich viele von links her ihr Zuströmende abgestoßen haben. Sie zur rechten Einsicht in das jüdische Problem allmählig zu erziehen, mußte die Aufgabe sein, wenn man nicht den Weg der zahlenmäßig unbedeutenden und praktisch einflußlosen völkischen Parteien der früheren Zeit einschlagen wollte. Daß die Partei die jüdische Zersetzung im öffentlichen, geistigen und Wirtschaftsleben Deutschlands bekämpfen, ostjüdischen Zustrom hemmen wollte, war in ihren Grundsätzen festgelegt und wurde in ihrer parlamentarischen Wirksamkeit befolgt. Als der bedeutende jüdische Anteil an der Vorbereitung und Ausnutzung der Revolution zu Tage trat, als die sozialistischen Regierungen die überhand nehmenden Fäulnisercheinungen jüdischen Wirtschaftsbetriebs tatenlos duldeten, schlug die antisemitische Strömung, durch die deutschnationale Aufklärungsarbeit entfacht, in hellen Flammen auf.

In der Parteivertretung wurde anlässlich des Münchener Parteitages 1921 das einmütige deutschvölkische Bekenntnis der Partei festgestellt und einem Ausschuß die Prüfung der Frage überwiesen, ob aus dieser Feststellung besondere Folgerungen für die Grundsätze und die Sägung der Partei zu ziehen seien. Diese Prüfung ergab in der nächsten Sitzung der

Parteivertretung ein verneinendes Ergebnis; man war überzeugt, daß die Partei wie bisher, so auch in Zukunft sich jeden jüdischen Einfluß fern halten und jede nur mögliche positive Arbeit zur Lösung der Judenfrage leisten werde. Um diese Arbeit zu fördern, wurde auf dem Görlitzer Parteitag die Bildung eines Völkischen Reichsausschusses beschlossen; entsprechende Ausschüsse bei den Unterorganisationen der Partei wurden in Aussicht genommen. Den Vorsitz des Reichsausschusses übernahm Reichstagsabg. Graef (Thüringen), der schon vor dem Kriege deutschvölkischer Parlamentarier gewesen war.

Graf Westarp hat einmal (22. August 1922) in der „Kreuzzeitung“ treffend hervorgehoben: „Wir können als eine große politische Partei unmöglich eine Einstellung mitmachen, die im Judentum die alleinige Ursache jedes Schadens und den einzigen Gegenstand nicht nur völkischer Arbeit, sondern jedes politischen Kampfes erblickt. Auf die politischen Richtungen, die diesen Fehler machen, trifft die Feststellung zu, daß sie noch stets zu kurzem und erfolglosem Dasein bestimmt gewesen sind. Je klarer man sich über diese Grenzen ist, die dem Antisemitismus zu ziehen sind, um so bestimmter muß man daran festhalten, daß die Deutschnationalen um der Sache und um der Stoßkraft der Partei willen den Kampf gegen den zersetzenden jüdischen Geist nicht nur, sondern auch gegen die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche Vorherrschaft des Judentums zu führen hat, nicht als die einzige Aufgabe, aber im Rahmen der Gesamtheit ihrer politischen und völkischen Arbeit.“ Das trifft den Nagel auf den Kopf und ist gemeinsame Auffassung wohl aller Deutschnationalen. Der völkische Gedanke gehört neben dem nationalen, dem christlichen und dem sozialen sowie neben dem in den staatspolitischen Grundfragen konservativen Standpunkt zu den unbestrittenen tragenden Pfeilern der Deutschnationalen Volkspartei.

Die politischen Verhandlungen auf dem schon gestreiften Vierten Reichsparteitag in Görlitz im Herbst 1922 knüpften an Vorträge der Abgeordneten Hergt über die deutsche Not, Dr. Hoetzsch über die äußere Politik, Wallraf über die deutschen Parteien am Scheidewege, Graef-Thüringen über die schwebenden Rechts- und Verwaltungsfragen an.

Wenige Wochen später brach das Erfüllungs-Kabinett BIRTH zusammen. Cuno bildete seine sozialisten-freie Regie-

rung und mußte nach kurzer Frist den deutschen Abwehrkampf gegen den offenen Friedensbruch des französischen Einmarsches in das rheinisch-westfälische Industriegebiet aufnehmen. Es verstand sich von selbst, daß die Deutschnationalen mit Wort und Tat den Freiheitskampf an der Ruhr unterstützten; ihren Reihen gehörten die entschlossensten ehemaligen Offiziere und Frontsoldaten, die tatkräftigsten Eisenbahner und Bergarbeiter an, die lange Monate hindurch den feindlichen Einbrechern in deutsches Land fühlbaren Widerstand leisteten. Auch die Regierung wurde von der Partei auf das weitgehendste unterstützt. Leider nahm Cuno in dem begreiflichen, aber vergeblichen Wunsche, die Sozialdemokratie, die sich zunächst genau wie bei Kriegsbeginn der durch das Land gehenden nationalen Strömung zu fügen schien, bei der Stange zu halten, auf diese in ihren Maßnahmen mehr Rücksicht, als zweckmäßig war. Herr Severings Herrschaft über die innere Verwaltung auf zwei Dritteln des Reichsgebiets tat den Rest, um die rechtzeitige Vorbereitung derjenigen Handlungen zu verhindern, die hätten einsetzen müssen, als sich der passive Widerstand nicht als ausreichend erwies, um Franzosen und Belgier zum Abzug zu zwingen. Die finanzielle Durchführung des Kampfes wurde von dem Zentrumsmminister Hermes sträflich vernachlässigt, die rechtzeitige steuerliche Anpassung an die erschreckend wachsende Geldentwertung unterblieb. So klappte die Reichstagsmehrheit im Hochsommer 1923 plötzlich zusammen; unter Mitwirkung oder zum mindestens Nicht-Verhinderung durch die Deutsche Volkspartei kam es zu Cunos Rücktritt.

Herr Dr. Stresemann hatte zwei Tage vorher seine Programmrede für die Kanzlerschaft gehalten, und das ersehnte Amt fiel ihm wie ein reifer Apfel in den Schoß. Er stand am Ziel seiner Wünsche: die Große Koalition ward auch im Reiche zur Wirklichkeit. Nicht lange darnach brach der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch über Deutschland herein; während der sozialistische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding sich nicht rechtzeitig entschließen konnte, Helfferichs fertig vorliegenden Plan einer Währungsreform in die Tat umzusetzen, stieg der Wert der Goldmark in rapiden Sätzen auf 1 Billion Papiermark, und der deutsche Rentner verlor den Rest seines Vermögens. Erst als das Kabinett Stresemann seine erste Krise erlebt und die Sozialdemokraten ausgeschifft hatte, erstand das deutsche nationale Rettungswerk, die Rentenmark. Der

nie erlebte Vorgang, daß eine in der Opposition stehende Partei der Regierung das Heilmittel aus schwerer Not aufdringen mußte, wurde Ereignis. Die Deutschnationalen hatten auch auf parlamentarischem Felde nicht gesäumt, die Folgerungen aus der unhaltbaren Lage zu ziehen. Ein gemeinsamer Ausschuß der Reichs- und Landtagsfraktion hatte in mannigfachen Pressekundgebungen dem Fall der Großen Koalition vorgearbeitet und auf den bürgerlichen Rechtsblock hingedrängt. Indessen als Stresemann zum zweiten Male am Ende seiner Regierungskunst angelangt war, mußte der Reichspräsident, indem er die Regierungsbildung einem für die Deutschnationalen völlig unannehmbaren Politiker anbot, ihnen auch diesmal den Eintritt in das Reichsministerium zu verlegen. Der Zentrumsführer Dr. Marx übernahm schließlich das Kanzleramt und verteilte die Ministersitze auf die Mittelparteien, während die Sozialdemokratie Hilfsstellung leistete. Der Münchener Putsch der Nationalsozialisten hatte den Ausgang der Krise in einem für die Deutschnationalen ungünstigen Sinne mit beeinflusst. Die neue Regierung nahm mangels einer regierungsfähigen Mehrheit Zuflucht zur verhüllten Diktatur im Wege der Ermächtigungsgesetze.

Von nun an mußte die Partei ihre Hoffnung, den so zäh ihr verweigerten Zugang zur Macht zu erobern, auf die Neuwahlen zum Reichstag setzen. Als der Wahlkampf begann, hielt sie am Bismarcktage 1924 ihren Fünften Reichsparteitag in Hamburg ab. Der Parteiführer Hergt entwarf das Regierungsprogramm der Deutschnationalen in einer in Sache und Form glänzenden Rede, Landtagsabg. Schlang-Schöningen rief die vaterländische Jugend für die Partei auf. Dr. Helfferich sprach zum letzten Male zu den versammelten Parteivertretern, sein politisches Vermächtnis an das deutsche Volk, die Rettung der deutschen Währung, gegen Angriffe der politischen Gegner verteidigend. Nach kurzen Wochen entriß ein unerbittlicher Tod ihn uns und senkte namenlose Trauer in jedes national fühlende Herz.

Die Deutschnationale Volkspartei ist nie vom blinden Glück begünstigt worden. Sie hat sich jeden Schritt vorwärts mit hartem Fleiß erkämpfen müssen, oft genug haben sie Umstände, auf die ihr kein Einfluß zustand, um den verdienten Lohn gebracht. So glänzend der Wahlausfall war, der die Partei mit 6 352 600 Stimmen und 106 Sitzen zur stärksten im Reiche machte und ihr das mit Staatsminister Wallraf besetzte Reichstagspräsidium eintrug: der Zutritt in die Reichs-

leitung blieb ihr abermals verwehrt. Der Reichspräsident vermied es sorglich, ihr die Regierungsbildung anzutragen, die alter Brauch beim parlamentarischen System dem Wahlsieger zuweist, und die Teilnahme an der Regierung verlegte ihr die Stellungnahme zum Sachverständigen-Gutachten der Entente. Hätten die Wahlen etliche Monate früher stattgefunden, als das Gutachten noch nicht die politische Lage beherrschte und der Hitler-Prozeß noch nicht seine unbezahlbare Reklame für die Nationalsozialisten entfaltet und ihnen etwa 15 Reichstagsitze auf Kosten der Deutschnationalen mehr eingebracht hatte, als sie sonst erhalten konnten, — trotz allen Widerstrebens der Mittel- und Linksparteien wäre der viel gefürchtete aktive Einfluß auf die Reichsgeschäfte der deutschnationalen Partei nicht vorzuenthalten gewesen!

Auf die Dauer wird das ohnehin nicht gelingen! Schon mehren sich die deutschen Einzelstaaten, in denen Deutschnationale mit am Steuerruder sitzen; zu Bayern (und Danzig) sind im Laufe der letzten Zeit beide Mecklenburg, Thüringen, Anhalt, Lippe und Württemberg getreten, württembergischer Staatspräsident ist der Deutschnationale B a z i l l e geworden. Das rote Preußen wird Anfang 1925 erstürmt werden. Sollte der politische Besinnungsprozeß, der zur Zeit sich in den nationalsozialistischen Reihen anzukündigen scheint, guten Fortgang nehmen, so mögen ihre parlamentarischen Vertretungen am Ende von der seltsamen Idee, die Regierungstätigkeit grundsätzlich zu meiden, zurückkommen und die Zahl der für den nationalen Aufstiege kämpfenden positiv stärken, anstatt sich nur negativ auszuwirken. Vor allem aber: die Staatsweisheit unserer bisherigen Regierungsparteien ist am Ende! Innen- und außenpolitisch sehen sie sich durch die Unzulänglichkeit ihrer Entschlüsse der Handlungsfreiheit beraubt. Alle Möglichkeiten, allein das Reichsschiff flott zu machen, sind erschöpft. Nicht lange, und es wird aus den deutschen Gauen der Ruf ergehen: Die Deutschnationalen an die Front!

— 1. August 1924. —

Verzeichnis unserer neueren Flugschriften:

- Nr. 142: „Wir Völkischen.“ Rede des deutschnationalen Abgeordneten Schlangensöhningen in Stettin.
Preis: 20 Pf., 50 Stück 9.— M., 100 Stück 15.— M., 1000 Stück 100.— M.
- „ 143: „Marxismus und Sozialdemokratie.“ Von Paul Rüscher, M. d. L.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 M., 25 Stück 7.— M., 50 Stück 13.— M., 100 Stück 24.— M.
- „ 144: Die Not der Pfalz und Frankreichs Politik. Rede des Staatsministers Dr. Helfferich.
Preis: 40 Pf., 50 Stück 17,50 M., 100 Stück 30.— M., 1000 Stück 200.— M.
- „ 145: Verfassungs-Änderungen, -Widrigkeiten, -Wandlungen im heutigen Deutschland. Von Axel Freiherrn von Freytagh-Loringhoven.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 M., 25 Stück 7.— M., 50 Stück 13.— M., 100 Stück 24.— M.
- „ 146: Von Stresemann zu Marx. Sechs Monate deutschnationaler Politik (August 1923 — Januar 1924), zusammengestellt von Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Preis: 40 Pf., 50 Stück 17,50 M., 25 Stück 7,50 M., 50 Stück 30.— M., 100 Stück 50.— M.
- „ 147: Der völkisch-nationale Gedanke im Kampfe mit der Republik. (Vier Jahre deutschnatl. Reichstagsarbeit.) Von Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 7,50 M., 25 Stück 17,50 M., 50 Stück 30.— M., 100 Stück 50.— M.
- „ 148: Aufgaben völkischer Politik. Vortrag vor dem Amt für staatspolitische Bildung der Studentenschaft der Universität Berlin. Von H. C. v. Lindeiner-Wildau.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 M., 25 Stück 7.— M., 50 Stück 13.— M., 100 Stück 24.— M.
- „ 149: D. R. B. P. und Landwirtschaft im Reichstag und Preuß. Landtag von 1920—1924. Von Dr. Kaufhold, M. d. L.
Preis: 40 Pf., 10 Stück 3,60 M., 25 Stück 8.— M., 50 Stück 14.— M., 100 Stück 24.— M.
- „ 150: Völkische Mittel- oder Deutschnationale Rechtspartei? Von Graef (Anklam), M. d. L.
Preis: 25 Pf., 10 Stück 2,30 M., 25 Stück 5,50 M., 50 Stück 10.— M., 100 Stück 17.— M.
- „ 151: Die Deutschnationale Volkspartei und die kulturellen Aufgaben des Reichstags und Preussischen Landtags. Von D. Mumm und Oberstudienrat Delze.
Preis: 50 Pf., 10 Stück 4,80 M., 25 Stück 11,50 M., 50 Stück 20.— M., 100 Stück 35.— M.
- „ 152: Die große Abrechnung mit der Demokratie. Von Dr. Reinhold Diedmann. (Entwurf eines Vortrages vor städtischen Wählern.)
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 M., 25 Stück 7.— M., 50 Stück 13.— M., 100 Stück 24.— M.
- „ 153: Die jüdische Gefahr. Von Dr. Negenhorn.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 M., 25 Stück 7.— M., 50 Stück 13.— M., 100 Stück 24.— M.
- „ 154: Wider den Beamtenabbau. Von Kurt Deglerk.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 M., 25 Stück 4.— M., 50 Stück 7.— M., 100 Stück 12.— M.
- „ 155: Wen soll der Landwirt wählen? (Entwurf eines Vortrages vor ländlichen Wählern). Von Dr. Reinhold Diedmann.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 M., 25 Stück 7.— M., 50 Stück 13.— M., 100 Stück 24.— M.

Fortsetzung des Verzeichnisses unserer neueren Flugschriften:

- Nr. 156: Die D. N. B. P. und die Arbeiterchaft. Von Emil Hartwig, M. d. R.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk., 100 Stück 12 Mk.
- „ 157: Mittelstandspolitik im Preussischen Landtag. Von Ernst Menzel, M. d. L.
Preis: 15 Pf., 10 Stück 1,40 Mk., 25 Stück 3,25 Mk., 50 Stück 6,— Mk., 100 Stück 10 Mk.
- „ 158: Die politischen Parteien und die Landwirtschaft. Von Dr. Kaufhold, M. d. L.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 Mk., 25 Stück 7,— Mk., 50 Stück 13,— Mk., 100 Stück 24,— Mk.
- „ 159: Wie leite ich eine Versammlung?
Preis: 10 Pf., 50 Stück 4,— Mk.
- „ 160: Wege zur Rettung. Rede des Staatsministers Hergt auf dem Hamburger Parteitage.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 Mk., 25 Stück 7,— Mk., 50 Stück 13,— Mk., 100 Stück 24,— Mk.
- „ 161: Völkisch und Vaterländisch. Die D. N. B. P. an die deutsche Jugend. Rede des Abgeordneten Schlang-Schöningen auf dem Hamburger Parteitage.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk., 100 Stück 12,— Mk.
- „ 162: Richtlinien für deutschnationale Gemeindepolitik.
Preis: 10 Pf., 10 Stück 90 Pf., 50 Stück 4,— Mk., 100 Stück 7,— Mk.
- „ 163: Warum und wie haben die Deutschnationalen an dem Preussisch-Staatskirchengesetz mitgewirkt? Von Prof. Dr. Raehler, M. d. L. und Pfarrer Koch-Deynhaus, M. d. L.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 Mk., 25 Stück 7,— Mk., 50 Stück 13,— Mk., 100 Stück 24,— Mk.
- „ 164: Die Wahrheit über die Rentenmark. Von Dr. Reichert, M. d. R.
Preis: 40 Pf., 10 Stück 3,60 Mk., 25 Stück 8,— Mk., 50 Stück 14,— Mk., 100 Stück 24,— Mk.
- „ 165: Warum sind wir deutschnational? (Antwort einer deutschen Frau.)
Preis: 15 Pf., 10 Stück 1,40 Mk., 25 Stück 3,25 Mk., 50 Stück 6,— Mk., 100 Stück 10,— Mk.
- „ 166: Das Ende des Reichstags. Von Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk., 100 Stück 12,— Mk.
- „ 167: Die vaterländische Bewegung und die Deutschnationale Volkspartei. Von Otto Schmidt.
Preis: 15 Pf., 10 Stück 1,40 Mk., 25 Stück 3,25 Mk., 50 Stück 6,— Mk., 100 Stück 10,— Mk.
- „ 168: Deutschland und das Zentrum. Von Eckehard.
Preis: 60 Pf., 10 Stück 5,50 Mk., 25 Stück 14,— Mk., 50 Stück 26,— Mk., 100 Stück 48,— Mk.
- „ 169: Wirtschaftspolitik und Reichstagswahl. Von Dr. Reichert, M. d. R.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 Mk., 25 Stück 7,— Mk., 50 Stück 13,— Mk., 100 Stück 24,— Mk.
- „ 170: Politik und Kirche. Die Wahrnehmung der evangelischen Belange in der D. N. B. P. Rede, gehalten am 31. März 1924 zu Liegnitz von Univ.-Prof. Dr. Raehler-Greifswald, M. d. L.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk., 100 Stück 12,— Mk.

Fortsetzung des Verzeichnisses unserer neueren Flugschriften:

- Nr. 171: **Fünf Jahre Mißwirtschaft in der Staatsverwaltung.** Von ***
Preis: 40 Pf., 10 Stück 3,60 Mk., 25 Stück 8,— Mk., 50 Stück 14,— Mk.,
100 Stück 24,— Mk.
- " 172: **Die Deutschnationalen und der Mittelstand.** Vortrag von Ernst
Menzel, M. d. R.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk.,
100 Stück 12,— Mk.
- " 173: **Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsarbeit.** Von Dr. Walter
Rademacher.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk.,
100 Stück 12,— Mk.
- " 174: **Deutschnationale Steuerpolitik.** Von Dr. Oberfohren, M. d. R.
Preis: 10 Pf., 10 Stück 90 Pf., 50 Stück 4,— Mk., 100 Stück 7,— Mk.
- " 175: **„Das zweite Versailles.“** Das Reparationsgutachten der alliierten
Experten. Von Staatsminister Dr. Helfferich u. Dr. Reichert,
Mitgliedern d. R.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 Mk., 25 Stück 7,— Mk., 50 Stück 13,— Mk.,
100 Stück 24,— Mk.
- " 176: **Wehrhaft, völkisch, sozial!** Rede des Reichsführers
der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei
H. O. Siebeking.
Preis: 15 Pf., 10 Stück 1,40 Mk., 25 Stück 3,25 Mk., 50 Stück 6,— Mk.,
100 Stück 10,— Mk.
- " 177: **Nun erst recht Sozialpolitik!** Rede des Abgeordneten
Karl Weidt in der Reichstagsführung vom 26. Juni 1924.
Preis: 20 Pf., 10 Stück 1,80 Mk., 25 Stück 4,— Mk., 50 Stück 7,— Mk.,
100 Stück 12,— Mk.
- " 178: **Die Deutschnationalen und das Dawes-Gutachten.** Reichs-
tagsrede am 26. Juli 1924 von Professor Dr. Otto Hoepfisch,
M. d. R.
Preis: 25 Pf., 10 Stück 2,30 Mk., 25 Stück 5,50 Mk., 50 Stück 10,— Mk.,
100 Stück 17,— Mk.
- " 179: **Die Schuldfrage.** Reichstagsrede am 25. Juli 1924 von Bürger-
meister Emil Berndt, M. d. R.
Preis: 30 Pf., 10 Stück 2,75 Mk., 25 Stück 7,— Mk., 50 Stück 13,— Mk.,
100 Stück 24,— Mk.
- Ohne Nr. **Für wen? Ein Rückblick von 1914—1924.** Von „A.“ (Verfasser
von Rumpelstilzchen.)
Preis: 20 Pf., 100 Stück 15,— Mk., 1000 Stück 120,— Mk., 5000 Stück 500 Mk.
- " " **Der Kampf um das Reparations-Gutachten.** Von Dr. Reichert,
M. d. R.
Preis: 40 Pf. 25 Stück 9,25 Mk., 50 Stück 17,50 Mk.
- " " **Schicksal der deutschen Reichsbahn, Schicksal des deutschen Volkes!**
Von R. v. Rienitz, Geh. Oberregierungsrat, früher im
Reichsverkehrsministerium.
Preis: 70 Pf., 25 Stück 16,25 Mk., 50 Stück 30,— Mk.
- " " **Führer durch den Reichsparteitag in Hamburg.** Mit Beiträgen
und Bildern unserer Parteiführer, sowie Ansichten v. Hamburg.
Ein vornehm ausgestattetes Erinnerungsbüchlein von
84 Seiten Umfang. Preis nur 50 Pf.

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.

Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24. Postcheckkonto: Berlin 37250.